



**EIN GELEGENHEITSFENSTER
FÜR LINKE POLITIK?**

LUXEMBURG

GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS

An Diskussionen und der Entstehung dieses Textes waren beteiligt: Harry Adler, Lia Becker, Anastasia Blinzov, Lutz Brangsch, Michael Brie, Mario Candeias (Koordination und Redaktion), Judith Dellheim, Alex Demirović, Julia Dück, Barbara Fried, Cornelia Hildebrandt, Horst Kahrs, Dieter Klein, Boris Kanzleiter, Michaela Klingberg, Katharina Pühl, Rainer Rilling, Thomas Sablowski, Hannah Schurian, Ingar Solty, Anne Steckner, Fanni Stolz, Felix Syrovatka, Stefan Thimmel, Moritz Warnke, Fanny Zeise. Nicht alle tragen alle Aussagen dieses Textes mit. Das Institut für Gesellschafts analyse ist Teil der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

EIN GELEGENHEITSFENSTER FÜR LINKE POLITIK?

WIE WEITER IN UND NACH DER CORONA-KRISE

INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE & FRIENDS

Wir wollen in diesem Text keine virologischen oder epidemiologischen Einschätzungen treffen. Davon gibt es derzeit genug und wir sind wahrlich keine Spezialist*innen dafür. Wir orientieren uns wie andere auch in einem Wirrwarr von Informationen, vertrauen dem Robert Koch-Institut mehr als den selbst gebastelten Meinungen prominenter Alleswisser.¹ Wir sehen die Regierungen in Bund und Ländern nicht als Akteure, die nur darauf gewartet haben, autoritäre Maßnahmen durchzusetzen, sehen allerdings viele Probleme im staatlichen und Regierungshandeln: Dies beinhaltet die Fehleinschätzung der epidemischen Entwicklung, die Versäumnisse bei den Vorbereitungen, die schon vor vielen Jahren mit der Unterwerfung der Gesundheitsvorsorge unter Gewinn- und Kostendruck begonnen haben, die unentschlossene Haltung gegenüber den Forderungen der Pflegekräfte oder viele Ungereimtheiten bei den Hilfspaketen und die polizeilichen Übergriffe bei der Sicherung der Abstandsregeln.

In diesem Text soll es jedoch eher darum gehen, in welcher spezifischen Situation sich die Linke in dieser Krise befindet und vor allem, wie wir darin agieren können.

DIE SITUATION

Die gegenwärtige Krise ist eine neuartige Form von Krise und kann durchaus als eine Art Vorzeichen für kommende Krisen verstanden werden. Denn sie ist nicht allein das Ergebnis der inneren Dynamik der Wirtschaft wie im Fall der Finanzkrise, die vorhersehbar war und auch von vielen Linken vorhergesehen wurde. Bei der heutigen Krise handelt es sich um das, was in der Linken als Vielfachkrise thematisiert wurde: Der gestörte, krisenhafte Stoffwechselprozess zwischen Gesellschaft und Natur bringt sich nicht nur als Klimakrise zur Geltung, sondern auch durch die Verbreitung von Krankheitserregern. Insofern ist die Corona-Krise exogen verursacht, jede Form der Gesellschaft müsste auf sie reagieren und wirtschaftliche und soziale Prozesse für eine gewisse Zeit begrenzen. Aber sie gehört auch zur kapitalistischen Dynamik, weil diese die gesellschaftlichen Naturverhältnisse in tiefgreifende Krisen bringt. In diesem Sinne ist sie nicht exogen verursacht.

Dies beginnt mit der raumgreifenden Produktions- und Lebensweise, die Lebensräume anderer Spezies immer weiter einschränkt, sodass ein Überspringen von Viren auf Menschen oder die Übertragung von bakteriellen Krankheitserregern immer häufiger möglich werden. Im Umkehrschluss würde dies bedeuten, weniger Natur in Wert zu setzen, d. h. die Ausbreitung von Produktions-, Siedlungs- und landwirtschaftlichen Nutzflächen mit

Monokulturen und Massentierhaltung auf Kosten des Natur- und Artenschutzes einzudämmen, die CO₂-Neutralität mit aller Entschiedenheit und generell eine sozial-ökologische Transformation in allen Lebensbereichen voranzutreiben.

Die Krise zeigt auch an, dass neoliberale Globalisierung zur Überdehnung von Produktions- und Lieferketten geführt hat. Es ist nicht sinnvoll, Produkte aus steuerlichen Gründen oder wegen geringster Margengewinne durch viele Staaten zu transportieren; es ist nicht sinnvoll, viele Tausend Kilometer für ein Geschäftstreffen oder für einen Urlaub zu reisen. Ebenso wenig ist es richtig, dass gesellschaftlich notwendige Produkte nur noch in China oder Indien produziert werden, sogar Medikamente, Mundschutz oder medizinische Apparate. Nur aufgrund der (über)intensivierten global-kapitalistischen Verkehrsverhältnisse konnte sich die Pandemie überhaupt so schnell verbreiten. So hat sich etwa das Tourismusaufkommen weltweit von 2003 (SARS-Ausbruch durch SARS-CoV1) bis ins Jahr 2020 (COVID-19-Pandemie durch SARS-CoV2) mehr als verdoppelt.²

1 // Das Ende des Normalbetriebes als Chance für die Linke?

Corona hat inzwischen in vielen Staaten gleichzeitig den kapitalistischen Autopiloten – zumindest für wenige Wochen – abgeschaltet. Darin liegt eine große Herausforderung, denn damit werden – zumindest zunächst – wichtige gesell-

schaftliche Fragen bewusst verhandelt. Welche Tätigkeiten, Dienstleistungen und Produkte sind wirklich »systemrelevant«? In der Finanzkrise waren dies noch die großen Banken, nun sind es »offiziell« Kassierer*innen, Krankenpfleger*innen, Techniker*innen und Busfahrer*innen.

Angesichts der sich überschlagenden Nachrichtenlage wird vielen offensichtlich, dass für drängende Menschheitsfragen die Dominanz von Einzelinteressen zur maximalen Kapitalverwertung nicht der geeignete Bearbeitungsmodus ist. Eine Auswahl der Absurditäten: Weil man in Ischgl die Saison nicht abrechnen wollte, ließ man die Lifte einfach offen und machte den Ort zum europaweiten Corona-Drehkreuz. Unternehmen oder Regierungen versuchen, angesichts der Krise sich wechselseitig Schutzmaterial oder Beatmungsgeräte wegzukaufen und treiben so die Preise hoch. Die USA versuchten erst, das deutsche Impfstoff-Unternehmen CureVac aufzukaufen, damit dieses einen potenziellen Impfstoff exklusiv für US-Amerikaner produzieren könne – »America first« unter Corona-Bedingungen. Anschließend wurde General Motors, der größte Autobauer des Landes, per Kriegsrecht dazu gezwungen, die Produktion auf dringend benötigte Beatmungsgeräte umzustellen, weil dieser dafür Mondpreise aufrief – so wie auch die US-Pharmakonzerne die Preise für COVID-19-Arzneimittel einfach verdoppelten. Auch hierzulande gilt: solange keine nachhaltige Abnahme der Güter garantiert

ist, zögert man, die Produktionsstraßen auf Schutzkleidung umzustellen, und kalkuliert nüchtern, ob sich mit einer fortgesetzten Produktion von Autos in ein paar Wochen nicht besser Geld verdienen lasse. Zugleich hat der Markt »reguliert«, dass die hiesigen Preise für Atemschutzmasken sich verneunzehnfacht haben. Privatisierte Kliniken schicken wiederum ihr Personal teilweise in Kurzarbeit, statt die Kapazitäten und Ressourcen dem gesellschaftlichen Bedarf zur Verfügung zu stellen, während andernorts händeringend nach Personal für die neu entstehenden Intensivbetten gesucht wird.

Diese »Blüten« des Kapitalismus sollten uns aber nicht blind machen für das, was gerade auch stattfindet. Mittlerweile ist der Gedanke in breiten Teilen der Gesellschaft anerkannt, dass die Produktion von Medikamenten und Schutzausrüstung notfalls nach gesellschaftlichem Bedarf politisch gesteuert werden müsse. In Nachbarschaften wird Solidarität organisiert. Die Akzeptanz für eine renditeorientierte Organisation des Gesundheitssystems bröckelt und wird immer prekärer. Der noch im Sommer 2019 von führenden Gesundheitspolitikern der Bundesregierung zusammen mit der Bertelsmann Stiftung unterbreitete Vorschlag, mindestens die Hälfte der deutschen Krankenhäuser zu schließen, taugt nur noch als Lachnummer. In der Metropole Bogotá wurden innerhalb von zwei Tagen über 120 km temporäre Radwege zulasten der Autospuren eingerichtet, um den

überfüllten ÖPNV zu entlasten. Damit wurde vermutlich in zwei Tagen mehr für eine Mobilitätswende getan als in den letzten 20 Jahren. In Detroit in den USA setzten die streikenden Busfahrer*innen kurzerhand einen temporär kostenlosen ÖPNV durch; bis zum Ende der Coronakrise werden Fahrgäste nicht mehr kontrolliert, um Ansteckungen der Fahrer*innen zu verhindern. Arbeiter*innen bei General Electric streiken, um die Umstellung der Produktion auf medizinisch-technische Geräte zu erzwingen. In Italien wurde die Einstellung »nicht notwendiger« Produktion durch wilde Streiks initiiert (bei Fiat, in der Stahlindustrie, den Werften, der Rüstungsindustrie und der Luftfahrt) und Armutsrevolten erzwangen ein temporäres bedingungsloses Grundeinkommen. Auch in anderen Ländern kommt es zu wilden Streiks für einen Produktionsstopp und Krankengeld: in Spanien bei Mercedes, Iveco und Volkswagen, in den USA bei Fiat-Chrysler in Sterling Heights (Michigan), WholeFoods und bei Amazon in Chicago, New York und anderswo. Portugal führt für alle dort lebenden Migrant*innen eine »Expresslegalisierung« bis zum 1. Juli durch und garantiert ihnen volle Aufenthaltsrechte – inklusive einer Krankenversicherung. In Deutschland ist die Schuldenbremse außer Kraft gesetzt und die Chance eröffnet, den jahrelangen Investitionsstau über staatliche Investitionen aufzuheben. Der britische *Economist*, die »Zeitschrift für britische Millionäre« (Lenin), warnt seine Klasse: »Es wird

[nach dieser Krise] schwieriger werden, zu argumentieren, dass der ›magische Geldbaum‹ nicht existiert. Wenn die kapitalistischen Staaten grenzenlos Geld ausgeben können, um die Coronavirus-Pandemie zu bekämpfen, dann werden die Menschen fragen, warum Regierungen das nicht unter anderem auch tun können, um in einen Green New Deal zu investieren?« Die Welt sei »in einem frühen Stadium einer Revolution in der Wirtschaftspolitik. Der Staat dürfte nicht nur während der Krise, sondern auch lange danach noch eine sehr andere Rolle in der Wirtschaft spielen.«

Die Corona-Krise wird als kollektiver Schockmoment erlebt. Die Kanzlerin spricht von der größten Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg. Eine der zentralen Erfahrungen, die derzeit gemacht wird: Wenn es politisch gewollt ist, kann die Politik in ganzen Wirtschaftssektoren auf »Pause« drücken. Sie kann selbst handeln und Dinge verändern, wenn sie es will. Wir sollten uns und die Gesellschaft auch in Zukunft daran erinnern. Sozial-ökologischer Systemwechsel ist eine Frage des Willens, nicht des Könnens, ist eine Frage des Wie und nicht des Ob. Regierungen rund um den Globus bemühen sich nun mit verschiedenen Maßnahmen und Rettungspaketen darum, den Wirtschaftsbetrieb möglichst schnell und unverändert wieder fortzusetzen, so wie es ihnen auch mit der austeritätspolitischen Wende von 2010 gelang, die klarmachte, dass die breite Bevölkerung die Kosten der Krise

zu tragen hatte. Deshalb gilt es jetzt, den politischen Kampf darum aufzunehmen, unter welchen Bedingungen wieder auf »Play« gedrückt wird – damit sich mit den massiven Staatsinterventionen und den vielen Milliarden an Krisenhilfen ein gesellschaftlicher Pfadwechsel verbindet.

2 // Corona-Krise trifft auf Überproduktionskrise

Die gegenwärtige Krise trifft die kapitalistischen Gesellschaften in einem Moment, in dem die Folgen der letzten globalen Finanz- und Wirtschaftskrise in vielen Ländern immer noch spürbar sind. Der Aufschwung nach der Rezession von 2008–09 wurde vor allem vom Wachstum in China und einigen anderen, in der Hierarchie der internationalen Arbeitsteilung aufsteigenden Ländern getragen. In den alten kapitalistischen Zentren war das Wachstum dagegen schwach. Die Staatsverschuldung und die private Verschuldung blieben in vielen Ländern weiterhin hoch. Die Massenbewegungen gegen die Austeritätspolitik, die mit der Occupy-Bewegung im Jahr 2011 ihren Höhepunkt erreichten, erlitten eine Niederlage und konnten nirgends eine progressive Krisenlösung durchsetzen. Sozialistische Kräfte blieben schwach. Demgegenüber sind nationalistische und autoritär-populistische Kräfte in vielen Ländern stärker geworden und teilweise an die Regierung gelangt.

Es konnte keine neuer Modus der Kapitalakkumulation auf erweiterter

Stufenleiter in Gang gesetzt werden. Im Gegenteil. In dieser Situation trifft die Corona-Pandemie mit der Stilllegung wesentlicher Teile des sozialen und ökonomischen Lebens auf einen sich dem Ende neigenden Konjunkturzyklus (vgl. auch Solty 2020). Die Rezession begann spätestens im Herbst 2019, »nach einem neun Jahre währenden schwachen Wachstumszyklus« (Wolf 2020). Die Nettoinvestitionsquote lag dabei im Zeitraum zwischen 2009 und 2019 bei weniger als fünf Prozent der Wirtschaftsleistung, was insbesondere durch die geringe Investitionstätigkeit der Unternehmen bedingt war (trotz des Hypes um die sogenannte Digitalisierung). Zugleich wuchs die strukturelle Überakkumulation gegenüber dem Niveau vor der Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 noch einmal an. Eine stärkere Bereinigung wurde durch die nahezu unbegrenzte Bereitstellung von Liquidität durch die Zentralbanken verhindert, der Aufbau einer gefährlichen finanziellen Überakkumulation weiter befördert. Die Austeritätspolitik zur Eindämmung der durch die Bankenrettung entstandenen Staatsverschuldung dämpft seither das Wachstum und hat ganze Länder in eine Depression getrieben. Das Wachstum lag in den Jahren zwischen 2008 und 2018 entsprechend bei durchschnittlich 1,3 Prozent pro Jahr, im letzten Jahr fiel es auf 0,6 Prozent.³

Anders als 2007–08 liegt der Auslöser der gegenwärtigen Krise nicht im Kreditwesen (Subprime-Krise), sondern im

Einbruch der Produktion. Die industrielle Produktion in Deutschland brach im vergangenen Jahr entsprechend um knapp fünf Prozent ein, weltweit ging das Produktionswachstum auf null zurück. Wichtigste Ursache ist die Überproduktion durch massive Überkapazitäten in der globalen Automobilindustrie (aber auch in der Chemie- und Stahlindustrie). Seit zwei Jahren ist bereits ein absoluter Rückgang der Produktion zu verzeichnen, in Deutschland allein um über eine Million Pkw. In der Krise von 2009 konnte der Einbruch in der Automobilproduktion noch durch die enorme Expansion des Marktes in China (über-)kompensiert werden. Diesmal jedoch geht auch in China die Produktion drastisch zurück, mit über zwei Millionen Einheiten – vor der Corona-Krise (vgl. auch Wolf).

Eine massive Branchenkrise trifft also zusammen mit einem zu Ende gehenden Konjunkturzyklus – und in dieser Situation kommt nun der zusätzliche gleichzeitige Produktions- und Nachfrageeinbruch durch die Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus. Corona ist ein »Krisenbeschleuniger« (Zelik 2020).

Die Konzernkassen sind allerdings prall gefüllt, und die Krise wird mit den vom Staat zur Verfügung gestellten finanziellen Mitteln zur Konsolidierung und zur Ausdehnung des eigenen Machtbereichs genutzt werden. Hingegen ist zu befürchten, dass viele kleine und mittlere Unternehmen die Krise nicht überstehen werden, vor allem Zulieferer, kleine und

mittelständische Betriebe, der klein- und mittelständische Einzelhandel, Freischaffende und Solo-Selbständige. Es kann zu weiterer Monopolbildung durch eine krisengewinnlerische Akkumulation durch Ausplünderung des Staates kommen. In der globalen Finanzkrise 2007ff. nutzten die geretteten Banken die staatlichen Gelder, um die weitere Konzentration und Zentralisation von Kapital voranzutreiben; und schon jetzt zeichnet sich ab, dass bspw. der Amazon-Konzern im Zuge der Lockdowns seine Marktanteile drastisch erhöht.

Bisher ist von der Bundesregierung vorgesehen, durch staatliche Kredite, Zuschüsse und die Stundung von Steuerzahlungen zu helfen (vgl. Sablowski 2020a). Allein in Berlin bewarben sich in kurzer Frist mehr als 360.000 Personen auf die Corona-Soforthilfen. Viele werden jedoch diese Außenstände durch den Einbruch ihrer Einnahmen niemals zurückzahlen können. Anders als 2009f. wären weniger die im Investmentgeschäft tätigen Großbanken als vielmehr die Sparkassen und Genossenschaftsbanken betroffen. Eine Welle von Insolvenzen und eine Konsumtionskrise aufgrund sinkender Einkommen sowie aus diesen Gründen ausbleibende Investitionen könnten die unvermeidliche Rezession auch ins Jahr 2021 verlängern. Hinzu kommen drohende Insolvenzen in den Branchen Schifffahrt, Luftfahrt, Gastronomie (wie jetzt bereits die Restaurantketten Vapiano und Maredo), Tourismus, usw.

In Europa trifft die Krise zugleich auf eine weiterhin instabile Eurozone. Die europäischen Eliten haben es seit dem Ausbruch der Eurokrise im Jahr 2009 – trotz zahlreicher Gelegenheiten – nicht geschafft, die Zentrifugalkräfte des gemeinsamen Währungsraums durch risikoteilende Strukturen zu mildern. Im Gegenteil wurde mit dem Ausbau austeritätspolitischer Instrumente ein umfassendes Überwachungs- und Bestrafungssystem geschaffen, das die Widersprüche innerhalb der Eurozone verschärfte. Die seit 2012 geführte Diskussion über eine Vertiefung der Währungs- und Wirtschaftsunion vererbte weitestgehend und brach am Widerstand eines nordeuropäischen Blocks unter der Führung Deutschlands. Dieser hat, dem ordoliberalen Leitbild der Stabilitätsunion folgend, jeden Versuch Frankreichs unterbunden, der Währungsunion eine politische Union zur Seite zu stellen (Syrovatka/Schneider 2019).

Dass der südeuropäische Ruf nach gemeinsamen Euro-Anleihen, sogenannte Eurobonds, nun erneut in einer tiefen Krise der EU zurückgewiesen wurde, offenbart für jeden sichtbar die Machtverhältnisse innerhalb des europäischen Wirtschaftsprojekts. Während zeitlich unbefristete Eurobonds oder zeitlich befristete Corona-Bonds eine günstige Refinanzierung der am stärksten von der Corona-Pandemie betroffenen Länder und somit eine faire Verteilung der Krisenkosten in der EU und insbesondere in der Eurozone ermöglicht hätten, pochen

die nordeuropäischen Länder auf eine Finanzierung der Krisenländer über den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Damit jedoch bleiben die Hilfgelder an Bedingungen gebunden und mittelfristig das Korsett der Austerität bestehen. Zugleich umfasst der ESM aktuell nur ein Volumen von 410 Milliarden Euro, was insbesondere aufgrund des weiterhin fragilen Banken- und Finanzsystems in vielen Euroländern als zu gering einzuschätzen ist (Syrovatka/Schneider 2020). So verstecken sich in den Bilanzen europäischer Banken weiterhin notleidende Kredite in Höhe von 786 Milliarden Euro, wobei allein in Italien jeder zehnte Kredit ausfallgefährdet ist (EZB 2020). Der Lockdown stellt jedoch eine erhebliche Belastung für das italienische Bankensystem dar, ein Zusammenbruch vieler italienischer Banken scheint aus heutiger Sicht wahrscheinlich. Dadurch jedoch droht ein Teufelskreis von Banken- und Staatsschuldenkrise, welche die Währungsunion und damit das gesamte europäische Projekt gefährden würde.

Auch außerhalb der EU droht eine Reihe von Staatspleiten, vor allem bei Ländern mit ohnehin schwacher Produktionsstruktur und starker Abhängigkeit von einzelnen Exportprodukten. Andernorts stehen ganze Branchen auf der Kippe, in Nordamerika etwa die durch den anhaltenden Ölpreisverfall inzwischen unprofitable Frackingindustrie. Durch einen möglichen Zusammenbruch des chinesischen Systems der Schattenbanken könnte

auch China stärker destabilisiert werden als bei der Finanzkrise vor zehn Jahren. Anders als im Jahr 2009 wird China nicht wieder die Weltökonomie durch eine nie dagewesene Expansion retten. Eine kleine Chance besteht, wenn das Land, welches als Erstes getroffen wurde, die Auswirkungen der Krise frühzeitig bewältigt und die Wirtschaft wieder anläuft. Für einen Exportboom der Bundesrepublik wie damals wird es kaum reichen.

3 // Corona-Krise stärkt die politische Exekutive – Defensive der Linken

Ausnahmesituationen sind von jeher die Stunde der Exekutive. Dies ist nicht der Moment für eine linke Offensive, vielmehr befinden wir uns in einer strukturellen Defensive, auch wenn es den linken Bewegungen gelungen ist, wesentliche ökologische und soziale Fragen in den letzten Jahren verstärkt auf die Tagesordnung zu setzen. Die Aufbrüche um #unteilbar, Fridays for Future oder gegen TTIP zeigen, dass in der Gesellschaft ein beträchtliches linkes Mobilisierungspotenzial vorhanden ist. Im medialen Diskurs dominieren nun jedoch Regierung und Virolog*innen. Für die gesellschaftliche wie die Partei-Linke ist es noch schwieriger als sonst, sichtbar zu werden und zu bleiben. Viele zentrale linke Praxen sind derzeit stillgestellt, etwa Demonstrationen, reguläre Streiks, die Organisation in den Vierteln und an den Haustüren. Soziale Bewegungen – wie etwa Fridays for Future – sind auf Social Media verwiesen, können keinen Druck

auf die Straße bringen, sind in ihrer Praxis verunsichert. Insbesondere Gewerkschaften sehen sich unter Druck, für das »allgemeine Wohl« vermeintliche Partikularinteressen wie den Kampf um höhere Löhne oder bessere Arbeitsbedingungen nach hinten zu stellen, schwankenden Unternehmen in der Krise nicht noch mehr aufzubürden. Anstehende Tarifrunden sind mit dem Infektionsschutz kaum vereinbar und werden verschoben. Jetzt wäre eine starke Akzentuierung des politischen Mandats der Gewerkschaften nötig. Zumindest in »systemrelevanten« Bereichen zeigt die Debatte über Prämienzahlungen in Pflege und Einzelhandel, dass bisher Undenkbares aktuell durchsetzbar ist. Dennoch wird die zentrale Frage sein, ob es den Gewerkschaften gelingt, neue Formen kollektiven Handelns zu entwickeln, um ihre insgesamt stark geschwächte Organisationsmacht weiterhin in Stellung bringen zu können. Ähnliches gilt auch für die Linke. Obwohl sich erweist, dass viele ihrer Themen (allen voran Gesundheit und Wohnen) relevanter denn je sind, mangelt es an Möglichkeiten und Praxen, sie auch in einer solchen Situation von links sichtbarer zu machen. Trotz der verzögerten Reaktionen von Regierungen auf die COVID-19-Krise und ihrer Verantwortung für die neoliberalen Kürzungen in den Gesundheitssystemen profitieren auf diese Weise von den USA bis Deutschland in Umfragen bislang die Regierenden.

Auch in dieser Krise, wie schon 2008/09, werden wieder täglich neoliberale Dogmen zur Seite geräumt, aber eben

nur zur Rettung und Stabilisierung des Alten, eines angeschlagenen Kapitalismus ohne Richtung (jedenfalls was Akkumulation auf erweiterter Stufenleiter und ein überzeugendes politisches Hegemonieprojekt angeht),⁴ um dann mit mehr oder weniger autoritären Mitteln weiterzuwurseln. Autoritäre Regime wie in Ungarn und Polen gehen dabei konsequent den Weg des Autoritarismus und setzen weitere demokratische Rechte außer Kraft, die, wie Ungarn zeigt, bis zur Außerkraftsetzung des Parlamentarismus und der Pressefreiheit gehen können. Vielfach wird die Situation zu einem »Experimentierfeld« (Becker 2020) autoritärer Regierungstechnologien. In Deutschland herrscht eher ein »flexibles Risiko-Management«, welches »auf Sicht« fährt (ebd.). Ausgangsbeschränkungen und Kontaktverbote, Einschränkung des wirtschaftlichen Lebens, aber nicht zu sehr. Ein bisschen weniger Freiheitsrechte hie und da, ein bisschen mehr Gelder für den Gesundheitssektor, ein bisschen weniger politische Grund- und Gewerkschaftsrechte (Streiks und Demonstrationen sind verunmöglicht). Für einige ist das eine Politik mit Augenmaß, liberaler als in anderen Ländern, für die anderen zeigt sich hier ein zu spätes und inkonsequentes Handeln. Beides trifft zu. Politisch stärkt dieses Agieren eher die regierende Exekutive und die führenden Parteien in den Regierungen (selbst wenn sie unglaublichen Unsinn von sich geben wie Trump oder Boris Johnson). Das muss nicht so bleiben.

Denn der Staat demonstriert Handlungsfähigkeit, aber auch einen Aktionismus, der eher eine »Handlungsanmutung« (Pühl) darstellt. Oft reagiert er zu spät, oft fehlen die Kapazitäten, da der öffentliche Sektor über 40 Jahre ausgedünnt und ausgezehrt wurde, Verwaltungen und Infrastrukturen ihre Leistungen nicht mehr erbringen können, ob der Katastrophenschutz und das Technische Hilfswerk, die Gesundheitsämter oder eben Krankenhäuser. Der schlanke Staat des Neoliberalismus hat seine Grenzen längst erreicht. Auch das wird sichtbarer.

Und es gibt diskursive Öffnungen. Nach Lage der Kräfteverhältnisse sieht es eher nach einer Defensive aus, allerdings mit Gelegenheitsfenstern, an einzelnen Stellen begrenzt Dinge eventuell voranzubringen. Ob die Krise sich dann so entwickelt, dass die stabil erscheinende Exekutive doch ins Straucheln gerät, wissen wir nicht, wir müssen aber damit rechnen. So oder so müssen wir die Gelegenheitsfenster nutzen und zugleich eine weitergehende Perspektive aufzeigen, diskutieren, dafür organisieren. Das ist kein »Entweder-Oder« von voluntaristischen »großen Würfeln« oder pragmatischem »Klein-Klein«, als vielmehr die Verknüpfung von Praxen des Widerstands und konkreten Einstiegsprojekten mit strategischen Perspektiven. Die spezifische Konstellation der unterschiedlichen Krisen ist neuartig, der Verdichtungsprozess offen – und deswegen schwer zu prognostizieren. Auf keinen Fall sollte es nach

der Krise einfach wieder so weitergehen wie zuvor. Es kann keine »Rückkehr« geben: »Wir werden nicht zur Normalität zurückkehren, denn die Normalität ist das Problem« – wie es in den Protesten in Chile im letzten Jahr hieß.

Es gilt, eine Doppelstrategie zu entwickeln: Einerseits geht es darum, Maßnahmen der Exekutive kritisch zu unterstützen, die auf eine Stabilisierung der wichtigen sozialen Bereiche zielen und größere Teile der Bevölkerung vor den schlimmsten unmittelbaren Folgen der akuten Krisensituation schützen sowie dort die Stimme zu erheben und Eingriffsmöglichkeiten zu suchen, wo dies nicht ausreicht. Andererseits muss es darum gehen, sehr konkret deutlich zu machen, dass es falsch wäre, nach Ausklingen der schlimmsten Krisenerscheinungen wieder, wenn auch modifiziert, zum Status quo ante zurückzukehren und Richtungskonstanz zu wahren, wie es die Große Koalition versucht. Eine Wiederholung der Politik von 2008/09 muss verhindert werden.

Voraussichtlich schon im Sommer (vorausgesetzt, die akute Krise flacht ab), werden die langfristige Bearbeitung der Krisenfolgen und die Bundestagswahl 2021 zugleich ins Zentrum nationaler Politik rücken. Dies eröffnet die Möglichkeit und erfordert, diese Bundestagswahl zu einer Richtungswahl zu machen. Es gibt zwei Möglichkeiten. Zum einen kann der herrschende Machtblock konsolidiert und integriert aus der Krise hervorgehen;

zum anderen können aber auch die Spaltungslinien wieder stärker werden. Gewerkschaften und andere soziale und ökologische Kräfte können sich darauf konzentrieren, Modifikationen der bisher verfolgten Richtung durchzusetzen. Sie können aber auch auf eine alternative Entwicklung setzen und für diese wirken.

Gegenwärtig werden von vielen gesellschaftlichen Kräften Vorschläge für einen sozialen, demokratischen, ökologischen und europäisch wie global solidarischen Richtungswechsel vorgelegt. Dies ist eine große Chance. Es sollte schon jetzt daran gearbeitet werden, eine Plattform zu schaffen, um diese Vorschläge zusammenzuführen und zu einer gemeinsamen Kraft zu entwickeln, die das Verschiedene verbindet und Diskussionen wie Aktionen koordiniert.

»Systemrelevant« ist das neue Stichwort. Gemeint ist gesellschaftliche notwendige Arbeit aus der Sicht der Reproduktion dieser Gesellschaft und ihres Zusammenhalts, der grundlegenden Bedürfnisse der Einzelnen und aller – die Arbeit der Vielen, die das Ganze am Leben erhält, nicht zuletzt in den Bereichen der sozialen Infrastruktur, einschließlich der – überwiegend von Frauen erbrachten – unentlohnten Arbeit in den (Wahl)Familien und Haushalten. Nicht gemeint sein kann für uns der Erhalt des »Systems«, des Fal-schen, welches wir doch in sozialistischer Perspektive überwinden wollen. Gesellschaft und (kapitalistisches) System sind also nicht gleichzusetzen, die mediale

Sprache ist nicht einfach zu verdoppeln, sondern kritisch zu nutzen für einen diskursiven Kampf um Hegemonie, für eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse, für den Systemwechsel, das Andere, das wieder sprechbar werden soll (Candeias 2019b). Denn zahlreiche, teilweise längst bekannte Probleme zeigen sich nun mit besonderer Deutlichkeit: Was früher oft abstrakt oder nur bei direkter Betroffenheit auch als drängend wahrgenommen wurde, offenbart sich den meisten nun als zerbrechliche Existenz, das Leben selbst.

4 // Verunsicherte Subjektivitäten, infrage gestellte gesellschaftliche Gewissheiten

Die tiefen Einschnitte in die gewohnten Alltagsroutinen zeitigen heute noch nicht überschaubare (sozialpsychologische) Konsequenzen. Trotz der spontanen Solidarität in Familien, Freundeskreisen, in den Wohnhäusern und Vierteln zeigt sich, dass die soziokulturelle Infrastruktur nicht robust ist. Absehbar sind verschärfte Ungleichheiten im Schulsystem, die von den Kultusminister*innen mit Hinweisen auf die Zeugnisbenotung auch angetippt werden. Die Ausstattung der Haushalte für »Homeschooling« ist stark unterschiedlich: beengte Räumlichkeiten, fehlende Hardware sind nur zwei Momente, die Bildungsungleichheiten aufgrund der sozialen Herkunft und der beruflichen Situation der Eltern verstärken. Generell sind die sozialpsychologischen Umgangsweisen mit einem längeren Bruch der

Alltagsroutinen, mit einer anhaltenden Situation der Unsicherheit usw. nicht absehbar. Neben psychischen Deprivationen oder der Zunahme häuslicher Gewalt ist auch eine wachsende Bereitschaft zur Selektion von Risikogruppen, auf die Rücksicht zu nehmen die ersehnte rasche Rückkehr in den gewohnten Alltag verhindert, eine mögliche Reaktion, der präventiv zu begegnen wäre. Eine dritte Ebene von Folgen subjektiver Verunsicherungen könnte das Verhältnis zu öffentlichen Verkehrsmitteln sein: Kommt es womöglich zu einer Renaissance des automobilen Individualverkehrs, weil man im eigenen Auto vor der Ansteckung durch Unbekannte geschützt ist? Die »feinen« subjektiven Reaktionen auf den Bruch zu beobachten, die heute noch gar nicht absehbar sind, wird unabdingbar sein, um gesellschaftliche Stimmungslagen und Verfasstheiten für politische Strategien angemessen zu erfassen.

Die Verunsicherung gilt auch für die psychophysische Verfasstheit von uns selbst als politische Subjekte der linken und sozialistischen Strömung. Die Situation drängt zur Tat, zur notwendigen Veränderung, jetzt. Zugleich ist unsere – ohnehin begrenzte – Handlungsfähigkeit nun eingeschränkt durch die Situation selbst, Subjektivität verunsichert. Ängste treten hinzu, um das eigene Wohl, das unserer Liebsten, die Lage der Linken, der Welt. Der Bedarf an (Selbst-)Orientierung ist enorm. Das Überangebot an Informationen und Interpretationen ebenso.

Die Verfügbarkeit von Medienangeboten (vor allem des Internets) erweist sich oft nicht nur als Ermöglichung solidarischer Kommunikation, sondern auch als Moment der Verunsicherung. Aus alldem erwächst die Gefahr von Überforderung, Resignation, Lähmung, aber auch eines überschießenden Voluntarismus.

Dies kann zu einer Spannung führen, die nicht nur individuell schwer auszuhalten ist, sondern auch Organisationen der Linken insgesamt betrifft. Ohne Rücksicht auf die Ressourcen der Organisation wie der Einzelnen selbst, die durch die Situation noch einmal stark eingeschränkt werden, droht die Dynamik einerseits, aber auch der Druck zum Handeln – eben jetzt, noch mehr, noch entschiedener – (wieder) über unsere eigene Subjektivität, ihr Leid, ihre reproduktiven Bedürfnisse hinweg zu gehen. Es braucht »nüchterne, geduldige Menschen«, die »nicht verzweifeln angesichts der schlimmsten Schrecken und sich nicht an jeder Dummheit begeistern«, um einmal in diesem Text Gramsci zu zitieren – aber auch Rücksicht und Sorge für einander; Solidarität im umfassenden Sinne. Vielleicht ist dies auch eine Chance für eine gern zerstrittene Linke.

STRATEGIEN IN DER KRISE

Die Corona-Krise trifft auf Gesundheitssysteme, die über Jahre ausgehungert und privatisiert wurden und in denen die Zweiklassenmedizin systematisch

vertieft wurde. Besonders in den Krisenländern Südeuropas wurden seit 2009 Gesundheitssysteme an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit heruntergekürzt, der Zugang zu Gesundheitsleistungen wurde drastisch eingeschränkt. Nicht nur in Italien ist die Zahl der Betten dramatisch zurückgegangen. Auch in Deutschland wurden Hunderte von Krankenhäusern mit Hunderttausenden von Betten geschlossen. Und noch im Sommer 2019 machte die Bertelsmann Stiftung Schlagzeilen mit der Ankündigung, eine bessere Versorgung in Deutschland sei mit nur halb so vielen Krankenhäusern möglich. Sie forderte, die Zahl der Kliniken von rund 1400 auf weniger als die Hälfte, nämlich 600 Häuser, zu reduzieren. Seit Einführung der Fallpauschalen im Jahr 2004 wurden zunächst 50.000 Pflegearbeitsplätze abgebaut. Zudem stiegen seitdem die Fallzahlen in den Krankenhäusern, also die Anzahl der Behandlungen, während zugleich die Verweildauer von Patient*innen kontinuierlich abgesenkt wurde. Zusammen mit dem Abbau von Personal insbesondere in der Pflege ist die Arbeitsverdichtung im Krankenhausalltag massiv angewachsen. Die Zahl der Pflegekräfte ist zwar in den letzten Jahren wieder gestiegen, hält aber mit den rasant steigenden Bedarfen nicht mit (vgl. Heintze/Troost/Ötsch 2020), mit unzumutbaren Folgen für die Arbeitsbelastung der Einzelnen. Ein erheblicher Teil der Pflegekräfte kommt aus Polen und Tschechien (gerade in den ostdeut-

schen Bundesländern) oder wurde aus Ländern wie Griechenland, Serbien und

Bosnien oder den Philippinen angeworben - und fehlt dort vor Ort.

ENTWICKLUNG IM GESUNDHEITSEKTOR IN DEUTSCHLAND

	1994	2010	2020	Veränderung absolut	Veränderung in Prozent	Ziel 2030
Bevölkerung	81,5 Mio	81,7 Mio	83,1 Mio	+1,6 Mio	+2 %	
Zahl der Krankenhäuser	2337	2064	1938	-399	-17 %	950
Zahl der Betten	615.000	500.000	490.000	-125.000	-20,3 %	400.000
Krankenbetten je 100.000 Einw.	754,6	612	589,7	-164,9	-21,8 %	

Quelle: Wolf, 2020b

Die Pandemie erinnert alle, dass so grundlegende soziale Infrastrukturen nicht auf diese Weise funktionieren können. Dies war eigentlich auch die Lehre der Spanischen Grippe vor 100 Jahren, als etwa Schweden den modernen Sozialstaat mit einem allgemeinen Gesundheitssystem erfunden hat.

Großen Teilen der Bevölkerung wird bewusst, was und wer für die eigene Grundversorgung und die elementare, allgemein genutzte Infrastruktur wichtig und unverzichtbar ist. Die Kultur des »Beifallklatschens« wie auch die einmaligen Gehaltszulagen sind Ausdruck davon. Es scheint durchaus möglich, aus diesem Krisenerleben eine nachhaltige gesellschaftliche Erfahrung zu machen, die Wahrnehmungen und soziale Deutungsmuster verändert und zu praktischen Konsequenzen führt. Das gesellschaftliche Leben vom Notwendigen her zu rekonst-

ruieren verlangt nicht allein eine Veränderung der Produktionsorte und Lieferketten für lebenswichtige Güter, sondern auch Veränderungen in der Primärverteilung der Einkommen, und zwar nicht nur zwischen Kapital und Arbeit, sondern auch innerhalb der Arbeit: die Aufwertung der für die Befriedigung der grundlegenden Bedürfnisse notwendigen Berufe in der Lohnhierarchie im Verhältnis zu anderen Berufen. Das ist nicht nur eine Frage der Wertschätzung, sondern auch der Attraktivität dieser Berufe. Das gesellschaftlich Notwendige wird uns zukünftig mehr kosten, zumindest in Form von Beiträgen und Steuern. Die aktuelle einmalige Krisensituation bietet die Chance, hierfür ein klassen- und schichtenübergreifendes Bündnis von Lohnabhängigen und kleinen Selbstständigen herzustellen und klassistische Spaltungen zu überwinden. Ein solches Bündnis kann, wie

einige Landesregierungen mit einzelnen Maßnahmen oder die Verhandlungen von ver.di mit den Pflegeeinrichtungen bezeugen, unmittelbar beginnen, Fakten zu schaffen. Wohlkalkulierte und nachhaltige Eingriffe in die Primärverteilung könnten auf eine noch wachsende Zustimmung spekulieren und zu einem strategischen Hebel für weitere gemeinwohlorientierte Umgestaltungen werden.

Im Folgenden sollen dazu Handlungsfelder skizziert werden, an denen es taktisch und strategisch anzusetzen gilt, um die Gelegenheitsfenster im öffentlichen Diskurs zu nutzen. Aber auch, um bestehende Chancen für eine Verschiebung von Kräfteverhältnissen auszuloten. Um das in konkrete Politik umzumünzen, stellen sich an die handelnden Akteure viele Fragen: An diesen Punkten gilt es taktisch und strategisch anzusetzen, Gelegenheitsfenster im öffentlichen Diskurs zu nutzen. An welcher Stelle können wir unmittelbar einsichtige – linke – Forderungen stellen? Welche sind kampagnenfähig? Wie lassen sich damit weitergehende Perspektiven verbinden? Welche produktiven Konflikte und klaren Gegnerbezüge braucht es dafür? (vgl. Candeias 2019a).

1 // Gesundheit und soziale Infrastrukturen: bedarfsgerecht und öffentlich
Am offensichtlichsten ist der Mangel im Bereich Gesundheit, wo vielen schon vorher klar war, dass es nicht so weitergeht. Nun werden Pfleger*innen (aber auch Kassierer*innen oder Paketbot*innen) –

nicht nur, aber vor allem Frauenberufe – geradezu zu nationalen Held*innen erhoben, aber nur mit symbolischer Anerkennung bedacht. Hier geht es nunmehr darum, die symbolische Anerkennung mit einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu verknüpfen und diese unmittelbar mit einer Kritik am System der Fallpauschalen (DRGs), das für den jahrelangen Mangel im Krankenhaus verantwortlich ist. Die DRGs stehen gegenwärtig massiv in der Kritik nicht nur seitens der vielen Streiks von Pflegenden in den letzten Jahren. Vielmehr wurde in der gegenwärtigen Krise auch vonseiten der Krankenhausgesellschaften ihre Aussetzung erstmals gefordert. Auch von ver.di wird der Verweis auf eine grundlegende Kritik an diesem Finanzierungsmodell lauter. Hier zeichnet sich folglich eine Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse ab, die es weiterzutreiben gilt. Denn auch gesellschaftlich ist das System der Fallpauschalen in Misskredit geraten. Erste Schritte raus aus dem DRG-System mussten infolge des Drucks von unten bereits vollzogen werden – etwa die Herausnahme der Kosten für die Pflege aus einer Finanzierung nach Fallpauschalen oder die Einführung von sogenannten Vorhaltekosten für »zusätzliche« Behandlungskapazitäten (und damit eine Abkehr von der Erlösorientierung). Diese Schritte gilt es zu radikalisieren durch Forderungen nach einer Personalbemessung, alternativer Bedarfsermittlung, Planung und Finanzierung. Es besteht eine Chance, über den breiten Konsens einer besseren Anerkennung von Pflegekräften auch

weitergehende Problematiken des Gesundheitswesens im öffentlichen Bewusstsein stärker zu verankern.

Die Forderungen und Kampagnen für eine sofortige (Lohn-)Zulage um 500 Euro pro Monat für die »systemrelevanten Berufe«, wie sie unter anderen ver.di und DIE LINKE fordern (vgl. LINKE 2020), könnte hier ein erster Einstieg sein.⁵ Dies kann aber nur ein erster Schritt für eine generelle Anhebung ihrer Löhne sein. Außerdem geht es auch darum, die Standards der Personalbemessung deutlich anzuheben (ausführlich Gernhardt 2020). Angesichts des derzeit bestehenden eklatanten Mangels an Pflegekräften wäre dies überhaupt nur dadurch zu erreichen, dass viele examinierte Kräfte zu besseren Bedingungen in ihren Beruf zurückkehren und junge Leute sich vorstellen können, diesen attraktiven Beruf zu ergreifen. Dass die selbst moderaten Erfolge in diesem Bereich, etwa die Personaluntergrenzen, ausgerechnet in Zeiten der Corona-Krise wieder suspendiert werden, ist das Gegenteil dessen, was nötig wäre. Denn diese Grenzen bilden ohnehin nur das Minimum ab und stellen nicht einmal sicher, dass »gefährliche Pflege« verhindert wird. Das Streichen dieses ohnehin gefährlichen Minimums hat mit einer »guten« Versorgung nichts zu tun. Stattdessen wird durch Anrufungen des Fürsorgeethos der überwiegend weiblichen Beschäftigten versucht, aus den ohnehin erschöpften Pfleger*innen noch die letzten Ressourcen herauszupressen (vgl. Dück 2020). Für grundlegende Verbesserungen

in diesem Feld können, so vermuten wir, im öffentlichen Diskurs aktuell Mehrheiten gewonnen werden.

Die allgemeine Erfahrung der Verletzlichkeit, des existenziellen Angewiesenseins auf Kontakt, Zuwendung, Zärtlichkeit und Umsorgtsein – oder umgekehrt, der plötzliche Mangel an alledem – erweitert möglicherweise auch die Empfänglichkeit für weitergehende feministische Anliegen bzw. öffnet Räume diskursiv dafür, wie mit konkreten Forderungen in die Offensive zu kommen ist. Das Arbeiten im Homeoffice dürfte für viele wie im Brennglas deutlich machen, nicht nur wie umfassend und vielfältig die Tätigkeiten im häuslichen Sorge-Management sind, sondern auch, wie schwer es ist, die unterschiedlichen Zeitlogiken und emotionalen wie kognitiven Anforderungen mit halbwegs produktiver Erwerbsarbeit unter einen Hut zu bringen. Das gilt nur für diejenigen, die überhaupt im Homeoffice arbeiten können. Für andere – und vielleicht in einer breiteren gesellschaftlichen Wahrnehmung – macht die Situation deutlich, dass Sorgetätigkeiten tatsächlich »alle andere Arbeit erst möglich machen« (Domestic Workers Alliance). Wenn Kitas und Schulen geschlossen sind und Großeltern nicht zur Verfügung stehen, steht die Produktion in weiten Teilen still – ein Traum, den die streikenden Erzieher*innen vor ein paar Jahren noch vergeblich geträumt haben. Wieder andere sind in der momentanen Situation von jeglicher Zuwendung

und Versorgung abgeschnitten. Wenn Stadtverwaltungen plötzlich ganze Hotels anmieten, um der sprunghaft ansteigenden Zahl von Frauen und Kindern, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, Zuflucht zu gewähren, besteht eine Chance, auch hier nachhaltige Forderungen zu platzieren: generell mehr Aufmerksamkeit dem Thema häuslicher Gewalt gegenüber, der Hinweis auf seine direkten Verschränkungen mit sozialen und ökonomischen Krise (sowie mit einer Krise der Geschlechterverhältnisse) und insbesondere die strukturelle Unterfinanzierung dieses Bereiches. Gesundheitspolitik ist wieder als Politik zu begreifen und Solidarität als Moment gesellschaftlicher Konflikte.

Letztlich muss es auch um die Rekommunalisierung von Krankenhäusern (bzw. die Vergesellschaftung der großen Krankenhaus- und Pflegekonzerne) gehen, da sich nicht nur zeigt, dass die Ökonomisierung und Privatisierung zu schlechten Ergebnissen und verminderten Qualitätsstandards führt. In der gegenwärtigen Krise zeigt sich auch, dass private Kliniken sich sperren, ihre Einrichtungen voll für die Behandlung von COVID-19-Patient*innen zu öffnen. Es muss jetzt aber darum gehen, alle planbaren, also elektiven Behandlungen konsequent abzusagen, um Kapazitäten auf den Intensivstationen freizuräumen und genügend Personal zu haben, das auf diesen Stationen auch qualifiziert arbeiten kann. Viele der in jüngerer Zeit geschlossenen Kliniken gibt es noch, sie

stehen leer – sie gälte es umgehend wieder in Betrieb zu nehmen, soweit möglich. Die Zahl der Intensivbetten mit entsprechender Ausrüstung sollte kurzfristig und dauerhaft verdoppelt werden.

Das sieht sogar Gesundheitsminister Jens Spahn so (nur kurzfristig natürlich). »Derzeit werden rund 28.000 Intensivbetten betrieben. Sie konnten bis Anfang April auf 40.000 angehoben werden. Eine Verdoppelung der Betten hieße auch, dass etwa das Vierfache an qualifiziertem Personal gebraucht würde, um diese Betten betreiben zu können. Wo aber sollen über 100.000 zusätzliche Krankenpflegekräfte herkommen?« (Gernhardt 2020). Zusätzlich! Denn schon in der Situation vor der Corona-Krise bestand ein Mangel an mindestens 100.000 Pflegekräften in Krankenhäusern und in der Altenpflege, so eine Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Heintze/Ötsch/Troost 2020). Gesundheitskampagnen wie jener der LINKEN erheben schon länger eine entsprechende Forderung nach mehr Personal. Wie schlecht die Personalausstattung in der Altenpflege ist, wird in der gegenwärtigen Krise besonders deutlich. Daher bedarf es einer umgehenden Steigerung der Attraktivität durch Jobgarantien, bessere Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen, schnellerer Maßnahmen der Umschulung und Reaktivierung von Personal, einer Kurzausbildung für zusätzliche Kräfte, die dann ihre reguläre Ausbildung im nächsten Jahr und mit Beschäftigungsgarantie fortsetzen können,

sowie eines mittelfristigen Ausbaus der Ausbildungskapazitäten für Pflegefachkräfte.

Ein wichtiger Baustein darin sind die öffentlichen Gesundheitsämter. Allein bei deren ärztlichem Personal wurden in den letzten zwanzig Jahren etwa 30 Prozent abgebaut. Hier fehlen mindestens 5500 Stellen (Heintze/Troost/Ötsch 2020, 11). Sie werden sowohl in der aktuellen, akuten COVID-19-Pandemie wie auch in der Zukunft ein wichtiger Baustein sein, um ein Gesundheitswesen aufzubauen, das einen Pandemie-Stresstest besteht.

Da der Höhepunkt der Ansteckung erst für den Juli oder August dieses Jahres erwartet wird, wären nun unmittelbar die Personalkapazitäten der privaten Kliniken und Praxen in den allgemeinen Gesundheitsdienst einzubeziehen. Perspektivisch müsste es um die Abschaffung der Zweiklassenmedizin und der privaten Krankenversicherung gehen sowie um die (Wieder-)Herstellung eines öffentlichen Gesundheitssektors und seine Demokratisierung, um die Einrichtung von Polikliniken und regionalen oder lokalen Gesundheitszentren mit Pflege- und Gesundheitsräten. Die Abschaffung der privaten zugunsten einer allgemeinen Bürgerversicherung sowie die Rekommunalisierung der Gesundheitseinrichtungen bergen das Potenzial eines klaren Gegnerbezuges und für einen produktiven gesellschaftlichen Konflikt, um der Linken stärkere Sichtbarkeit in Zeiten des dominierenden Krisenmanagements

zu verschaffen. Gesundheitsminister Spahn ist dabei selbst das »schwächste Glied« in der Regierungsriege und bietet offene Flanken und Möglichkeit für gezielte Kritik. Er steht nicht nur für einen ausgedünnten Gesundheitssektor – wie viele Amtsinhaber*innen vor ihm, sondern treibt selbst die Digitalisierung und Informatisierung der Medizin im Geiste der weiteren Ökonomisierung und menschlicher Entfremdung voran, durchaus im Interesse der entsprechenden Kapitalgruppen von IT- und Gesundheitskonzernen.

Auseinandersetzungen um das Gesundheitssystem wurden schon vor der Krise mit der Bewegung für mehr Personal in Krankenhäusern in Form gesellschaftlicher Bündnisse, Volksbegehren und erfolgreichen Tarifeinensetzungen geführt. Zu Beginn der Corona-Krise begannen Beschäftigte in einigen Kliniken (vgl. Interview mit Ost 2020), ihre professionelle Sicht und ihre Interessen hinsichtlich des Krisenmanagements öffentlichkeitswirksam zu artikulieren, zwei Petitionen erreichten über 500.000 Unterschriften (<https://weact.campact.de/petitions/covid-19-gesundheitsarbeiterinnen-fordern-menschen-vor-profite>; www.change.org/p/covid2019-gemeinsamer-pflegefachkräfte-aufruf-an-jensspahn-illner) und es konnten erste Erfolge bei den Prämienzahlungen erzielt werden. Im Herbst wird die Rosa-Luxemburg-Stiftung einen Ratschlag zur Pflege organisieren, um mit diesen gestärkten Aktivist*innen

aus Gewerkschaften, Bewegungen und Partei Überlegungen für die Fortführung gemeinsamer Kampagnen in diese Richtung zu organisieren. Allgemein ist die Bedeutung sozialer Infrastrukturen noch einmal noch deutlicher geworden. Die Unverzichtbarkeit und »Systemrelevanz« kann niemand mehr bestreiten. Also mehr davon, der Infrastruktursozialismus ist das selbstverständlich Einsichtige, Einfache, Machbare (vgl. Candeias 2020).

2 // Schutzschirm für die Menschen und Schluss mit der Schuldenbremse

In Deutschland öffnet sich ein Gelegenheitsfenster beim Kampf gegen die Schuldenbremse, weil noch deutlicher wird, wie widersinnig sie ist. Hier gilt es, die Situation für eine Kampagne zu nutzen, damit die Politik der schwarzen Null auch nach der Krise nicht wiederkehrt.

Zu Beginn der Krise hat die Regierung durchaus notwendige, aber nicht hinreichende Maßnahmen veranlasst. Das Kurzarbeitergeld hilft vielen Unternehmen, ihr Überleben zu sichern. Angesichts der Branchen- und Wirtschaftskrise werden viele Betriebe, vor allem auch Konzerne, die Corona-Krise nutzen, um zunächst Mitnahmeeffekte durch Kurzarbeitergeld zu realisieren, für Personal, das sie ohnehin nicht mehr benötigten, etwa in der Autoindustrie. Nach Beendigung der Maßnahmen werden sie voraussichtlich massiv Personal abbauen, um ihren Beschäftigungsbedarf anzupassen (wie schon im Jahr 2009f.).

Vor allem in der Automobilindustrie, aber nicht nur dort, geht der Trend ohnehin eher zum Beschäftigungsaufbau nahe der großen Absatzmärkte, also eher in den neuen kapitalistischen Zentren wie China oder Indien sowie in den USA oder zur weiteren Auslagerung nach Osteuropa – bei gleichzeitigem Abbau in Deutschland.

Nichtsdestoweniger versuchen etliche Unternehmen, den Betrieb aufrechtzuerhalten. In Italien, Spanien oder den USA kommt es – unter schwierigen Bedingungen für die Gewerkschaften – zu Streiks, weil sie fürchten, ihr Leben für nicht notwendige Güter und Dienstleistungen zu riskieren, von Callcentern über Paketzulieferer bis zu Fabriken für Luxusprodukte. Auch bei uns ist die Auseinandersetzung um die Frage in dieser Situation gesellschaftlich notwendiger Arbeit zu führen: Was ist eigentlich systemrelevant und was nicht (vgl. Sablowski 2020a; Luig 2020)?

Das Kurzarbeitergeld sichert in der Krise einigen, aber nicht allen ein ausreichendes Einkommen. Im Niedriglohnsektor fallen damit Millionen unter die Armutsgrenze, falls sie überhaupt je darüber waren. Nicht umsonst fordern ver.di, aber auch DIE LINKE eine Aufstockung des Kurzarbeitergeldes auf 90 Prozent und mit einer Mindesthöhe von 1.200 Euro, um auch Personen mit niedrigem Einkommen abzusichern. Dazu bedürfte es in dieser Lage der unbürokratischen Auszahlung und Erhöhung von Hartz IV nicht zuletzt für die vielen, die nun ihren Arbeitsplatz verlieren und

keine anderen Ansprüche haben. Dazu gehören auch Millionen von Kleinunternehmen und Solo-Selbstständigen. Der Verband deutscher Schriftsteller*innen fordert neben einer Notfallkasse für existenziell bedrohte Kulturschaffende und -betriebe eine zumindest temporäre Senkung des Mindestverdienstes für die Sozialversicherung (in diesem Fall der Künstlersozialkasse, die ja auch für viele andere freischaffende Berufe zuständig ist). Dies wäre auf alle anderen kleinen und Solo-Selbstständigen auszuweiten zu einer solidarischen Krisengrundsicherung von 1.200 Euro.

Denn so sinnvoll die Maßnahmen der Regierung zur Stundung von Mietzahlungen (auch für Gewerbemieten) und Krediten sind: Mietstundung allein reicht nicht, da vielen Menschen ein massiver Einkommenseinbruch durch Job- und/oder Auftragsverluste droht. Selbst wenn ein Anspruch auf Kurzarbeitergeld besteht, haben viele Niedriglöhner*innen nicht die Reserven, um jetzt gestundete Mieten (mit Zinsen) nachzuzahlen.

Es braucht sofort einen ausnahmslosen Stopp von Zwangsräumungen und Stromsperrungen, was teilweise bereits umgesetzt wird. Jede*r muss mit angemessenem Wohnraum versorgt werden, um sich und andere vor einer Infektion schützen zu können. Der freie Wohnungsbestand, und damit auch die derzeit leerstehenden Ferienwohnungen und Hotelzimmer, könnte mit entsprechenden Gesetzen in den Bundesländern registriert

und genutzt werden. Menschen ist es auf der Straße oder in Obdachlosenunterkünften, in zentralen Geflüchtetenunterbringungen der sogenannten Ankerzentren und im Strafvollzug oft nicht möglich, die angeordnete Distanz zueinander zu halten – dies gilt auch für Infizierte ohne ernsthafte Symptome, damit Letztere nicht im Haushalt lebende Menschen anstecken, etwa in Pflegeeinrichtungen für Ältere.

Darüber hinaus ist ein Mietenmoratorium für Menschen, die ihren Arbeitsplatz oder ihr Einkommen verlieren, notwendig. »Kein Lohn, keine Miete«, heißt es bei Bewegungen in den USA, wo bereits im April der Anteil der mietzahlenden Haushalte auf 69 Prozent (im Gegensatz zu 81 Prozent im Vormonat, wie das National Multifamily Housing Council, ein nationaler Rat für Wohnungsvermieter*innen, meldet) gesunken ist. Immobilienkonzerne wie Deutsche Wohnen, die im Jahr 2019 gerade einen Gewinn von 1,6 Mrd. Euro vermeldet haben, können das verschmerzen. Kleineren Vermietern, die dadurch selbst in Bedrängnis geraten, kann unbürokratisch mit staatlich garantierten (z. B. KfW) niedrig verzinsten Krediten mit langer Laufzeit geholfen werden. Die Förderung auf Seite der Mieter*innen durch den erleichterten Zugang zu Sozialleistung und Deckung höherer Mietpreise ist eine Förderung der gewinnorientierten Geschäftsmodelle (Unger 2020). Anstatt die Wohnungswirtschaft an den Kosten der Krise zu beteiligen, werden ihre Renditeerwartungen und Spekulationspreise staatlich gedeckt.

Diese Krise zeigt unmissverständlich: Neben den Risikozulagen für die wirklich systemrelevanten Berufe wäre die lang geforderte Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen (nicht nur) im Einzelhandel (inkl. Amazon) oder der Logistikbranche und Zustelldiensten eine sinnvolle Maßnahme, sie anzuerkennen und dauerhaft bessere Bedingungen für die Lohnarbeitenden zu schaffen.

Wie soll nun so ein »Schutzschirm für die Menschen« (Becker 2020) finanziert werden? Notwendig ist eine befristete Sonderabgabe sowie die überfällige Einführung der Vermögenssteuer. Die in der Krise sichtbar werdenden Defizite der Handlungsfähigkeit des Öffentlichen erfordern eine grundlegende Steuerreform. Dies ist angesichts des Ausmaßes der Krise mehr als gerechtfertigt und kann an die Erfahrungen nach dem Zweiten Weltkrieg anknüpfen. Der Gewinn der 100 größten börsennotierten Unternehmen in Deutschland im Jahr 2019 lag bei 81 Mrd. Euro. Durch die Steuerreformen der 1990er Jahre hat sich auch die Zahl der Millionär*innen von 2000 bis 2018 auf über eine Million mehr als verdoppelt, die Zahl der Milliardär*innen beträgt 126. Beschäftigte sollen mit 60 Prozent Kurzarbeitergeld auskommen, da kann die besitzende Klasse ihren Teil dazu beitragen: Wie zu Zeiten der letzten Krise bräuchte es eine einmalige Vermögensabgabe in Höhe von fünf Prozent auf jeden Euro über der Grenze von zwei Millionen, am besten europaweit, aber einer muss

den Anfang machen. Dazu kam es damals nicht, auch heute ist die Wahrscheinlichkeit gering, dass die Große Koalition sich zu solch einem Schritt entschließen wird. Hinzutreten müsste dauerhaft eine Vermögens- oder Millionärssteuer von fünf Prozent auf alle Vermögen oder von 75 Prozent auf jeden Euro Einkommen über zwei Millionen. Auch dies lässt sich angesichts der größten Vermögenspreizung⁶ in der Geschichte dieses Landes verfassungsgemäß begründen. Auch die reichsten zehn Prozent und vor allem das eine Prozent muss wieder angemessen an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligt werden.

Mithin braucht es mittelfristig ein höheres Beitragsaufkommen für die Sozialversicherung und ein höheres Steueraufkommen gemäß der jeweiligen Leistungsfähigkeit, auch für Sonderlasten.⁷ Für Letztere wiederum wäre ein »Lastenausgleich« für die öffentliche Infrastruktur in Krisensituationen – ähnlich wie für die Wohnungsfrage ab 1949 – angemessen. An einer Einkommens- und Unternehmenssteuerreform ist von links nicht vorbeizukommen.

Immerhin fordert auch die Vorsitzende der mitregierenden SPD eine solche Steuer. Ob ihr Finanzminister dies auch so sieht, ist zu bezweifeln. Hier zeigt sich, wer einen Richtungswechsel ernst nimmt und Vermögende wieder stärker zur Finanzierung des Öffentlichen heranziehen will, also das gesellschaftliche Mehrprodukt wieder der Allgemein-

heit zuführt. Wann, wenn nicht in einer solchen Krise?

3 // Investitionsoffensive und sozial-ökologischer Systemwechsel – jetzt!

Die Rettungsmaßnahmen in der Krise werden vonseiten der Bundesregierung nicht einmal ansatzweise mit einer Investitionsoffensive für einen sozial-ökologischen Strukturwandel und für eine (Fundamental-)Ökonomie sozialer Infrastrukturen verbunden. Hier bieten sich diskursiv Möglichkeiten, linke Alternativen für eine Investitionsoffensive ins Gespräch zu bringen.

Kurzfristig wäre eine unbürokratische und an den realen Kosten orientierte Finanzierung des Gesundheitswesens, vor allem der Krankenhäuser, notwendig. Das Rettungspaket für die Krankenhäuser leistet dies zurzeit nicht (ausführlich Dück 2020). Mittelfristig bedarf es einer völlig neuen Finanzierungsgrundlage nicht nur im Bereich Gesundheit, sondern der sozialen Infrastrukturen oder Daseinsvorsorge insgesamt. Neben dem (Aus-) Bau von Schulen, Kitas, Bibliotheken und Kultureinrichtungen, Schwimmbädern etc. bedarf es des Personalaufbaus (mit einer entsprechenden Personalbemessung), um die Arbeit in diesen Bereichen überhaupt und mit der gebotenen Qualität leisten zu können, von Erzieher*in und Lehrer*in, von Kultur- bis Sozialarbeiter*innen bis hin zum Wiederaufbau von Verwaltungs- und Planungsstellen oder auch

Steuerprüfer*innen im ausgehungerten öffentlichen Dienst. Eine Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung taxiert den notwendigen Bedarf auf »weit über einer bis zu nicht ganz vier Millionen zusätzlicher Beschäftigter« (Heintze/Troost/Ötsch 2020, 6).

Insgesamt wäre der Ausbau des Öffentlichen mit einer Stärkung der Rechte und Finanzen der Kommunen zu verbinden, die in ganz wesentlichen Bereichen für diese unmittelbar notwendigen Dinge des Lebens verantwortlich sein sollten. Schon jetzt sind sie von der Krise besonders betroffen: Einnahmen brechen weg, unerwartete Anforderungen und Ausgaben müssen bewältigt werden. Der Städtetag kalkuliert die notwendige Soforthilfe auf 11,5 Mrd. Euro (ND, 8.4.20, 5). Es braucht eine rasche Entschuldung durch den Bund und einen neuen Solidarpakt, damit Kommunen wieder handlungsfähig werden. Darüber hinaus sollten massive Investitionsmittel in das Klimapaket der Bundesregierung aufgenommen werden, da es die Kommunen eine wesentliche Ebene der sozial-ökologischen Transformation sind. Perspektivisch wäre dies zu verbinden mit dem Ausbau regionaler Wirtschaftskreisläufe mit einem starken regulierenden öffentlichen Sektor, über den die Parlamente vor Ort mit Räten, Initiativen, Bürgerbewegungen gemeinsam entscheiden.

Kurzfristig ließe sich die Umrüstung bestehender Produktionslinien auf dringend benötigte Bedarfe wie Beatmungs-

geräte, Mundschutze, Desinfektionsmittel und andere medizinische Produkte finanziell unterstützen und – verordnen! Donald Trump macht es vor. Einige Unternehmen haben sich längst selbst auf diesen Weg begeben. Die Umrüstung ist nicht immer ganz leicht, gerade flexibel programmierbare unabhängige Produktionsinseln lassen sich jedoch rasch umstellen.

Es zeigt sich, dass Konversion in Teilbereichen der Produktion doch schneller geht, als immer behauptet wird, dass bestimmte Produktionslinien flexibler einsetzbar sind. Verschärft durch die Just-in-time-Produktion haben Chinas COVID-19-Krise und die internationalen Grenzsicherungen auf einmal essenzielle Güter knapp werden lassen. Die Krise zeigt, wie verletzlich das System der privaten, profitorientierten Produktion öffentliche Gesundheitssysteme macht, wenn aus Kostengründen medizinische Güter aus China importiert werden müssen. Die COVID-19-Krise zwingt den Nationalstaat nun plötzlich, strategisch wichtige Produktionen in einer neuen Form der Kriegswirtschaft anzuweisen. In Deutschland produzieren Volkswagen, die süddeutschen Autoindustriezulieferer Zettl und Sandler, der thüringische Matratzenhersteller Breckle und die Textilkonzerne Trigema, Mey, Eterna und Kunath nun Sanitätsartikel wie Atemschutzmasken, während Jägermeister und Diageo und die Beck's-Brauerei Desinfektionsmittel produzieren. Die Trump-Administration

hat angesichts des eklatanten Mangels an Beatmungsgeräten jetzt auf das Kriegsproduktionsgesetz des Koreakriegs zurückgegriffen und zwingt General Motors, Beatmungsgeräte herzustellen. Ähnliches passiert in Großbritannien, wo der konservative Premierminister Boris Johnson die britische Industrie auffordern musste, ihre Fließbänder von Autos, Flugzeugmotoren, Dialysegeräten und Aushub-Equipment auf Beatmungsgeräte umzustellen, da nur noch eine Firma in Großbritannien sie produziert. Diese Entwicklungen erleichtern vielleicht ein wenig die Debatte über Konversion. Das ist zu nutzen, auch wenn Durchbrüche in der öffentlichen Meinung in diesem Sinne nicht erkennbar sind. An die Erfahrung in den Betrieben lässt sich anknüpfen.

Perspektivisch müssen bestimmte Bereiche grundsätzlich schrumpfen (bspw. Teile der mit hohem Stoffumsatz verbundenen industriellen Produktion), andere zunächst wachsen (etwa die gesamte Care-Ökonomie), bei relativer Entkopplung vom stofflichen Wachstum. Die Stilllegung der Produktion in der Krise ist geeignet, über die Konversion der Industrie insgesamt zu diskutieren.

Auch in der Wirtschaft sollte es nach der Krise nicht weitergehen wie zuvor. Nicht jedes Unternehmen sollte unter allen Umständen gerettet werden: Die ökologische unvertretbare Expansion des Flugverkehrs ist implodiert. Viele Fluglinien werden dies vielleicht nicht überleben. Hier bietet sich die Gelegenheit

zur Verstaatlichung (wie es in einigen Ländern auch vor der gegenwärtigen Krise bereits geschehen ist, z. B. in Portugal), um sie dann auf ein vertretbares Maß zu schrumpfen, entsprechende Regulierungen zu erlassen und den Beschäftigten eine andere Perspektive zu bieten (vgl. *LuXemburg* Heft 1/2020, »Bahn frei«).

Ein dringliches Feld wären also konsequente Schritte zu einer Mobilitätswende⁸ und »autofreien« und begrünzten Stadt, unverzichtbar schon aus ökologischen Gründen, aber auch zur Wiederaufneigung des öffentlichen Raumes.⁹ Die Elemente sind bekannt: Verlagerung des Individualverkehrs auf einen massiv ausgebauten und gern »smarten« öffentlichen Nah- und Fernverkehr (v. a. auch für die Pendler*innen im »urban-ländlichen« Raum), deutliche Preissenkung bis hin zum entgeltfreien ÖPNV, Rückkehr von Betrieben und Infrastrukturen in öffentliche Hände, bessere Arbeitsbedingungen und Entlohnung, Vorrang von Fußgänger- und Radverkehr, Ende des Verbrennungsmotors. Das hieße, sich mit mächtigen Konzerninteressen und Lobbys anzulegen. Es ist gegenwärtig der richtige historische Moment dafür.

Doch der Ausbau einer anderen Mobilität, die zentral auf öffentlichen Verkehr setzt, macht zunächst einmal viele Elemente alternativer Produktion notwendig: die Entwicklung und Ausweitung von E-Bus-Systemen (Oberleitung, autonom etc.), Klein- und Rufbussen, von spezialisierten Nutzfahrzeugen, die

Produktion von Schienenfahrzeugen (S- und U-Bahnen, Straßenbahnen, Regional- und Fernzügen, Güterzügen), smarter Verkehrsleitsysteme, teilweise Bau von Energie- und Schieneninfrastruktur, die Entwicklung von ökologisch verträglichen Leichtbaumaterialien, sowie von Stahl mit null Kohlenstoffemissionen. Da sprechen wir noch nicht von den vielen Arbeitskräften, die im öffentlichen Nahverkehr, der Bahn oder im Tiefbau beim Umbau der Infrastrukturen benötigt werden, sondern von den Kernbereichen der Metallindustrie, die schätzungsweise 300.000 zusätzliche Arbeitskräfte bräuchten.

Die Transformation erfordert unglaublich viel Arbeitskraft. Doch nicht in jedem Fall wird dies für Beschäftigte bedeuten, im selben Betrieb oder derselben Branche bleiben zu können. Damit eine sozial-ökologische Transformation nicht angstbesetzt ist (oder gar von Betroffenen bekämpft wird), formuliert das Eckpunktetpapier der LINKEN eine Jobgarantie: Jede*r, die Arbeit wünscht, sollte das Recht auf eine öffentlich finanzierte, tarifliche Arbeit mit »kurzer Vollzeit« haben (vgl. Riexinger 2020). Nicht einfach weniger, sondern andere Arbeit und anders arbeiten sind gefragt.

Die Konzerne werden bei dieser Transformation nicht freiwillig mitwirken. Sie setzen auf die Verwertung des eingesetzten Kapitals und die hohen Profite aus den SUVs (gern auch elektrisch) und »reiten das Pferd, bis es tot ist«, so ein Beschäftigter aus einem Automobilunternehmen.

men (vgl. Holzschuh 2020, 7). Investitionen in unsichere Geschäftsfelder, kleinere (E-)Autos oder gar Konversion sind nicht zu erwarten. Entsprechend wären staatliche Kapitalhilfen als Hebel zu nutzen, um Druck in Richtung alternativer Produktion und die Beteiligung am Eigentum bzw. die volle Vergesellschaftung von Unternehmen zu entfalten. Öffentliche Beteiligung wäre mit erweiterter Partizipation von Beschäftigten, Gewerkschaften, Umweltverbänden und den Menschen der Region zu verbinden, etwa in regionalen Transformationsräten, die über konkrete Schritte einer Konversion des Automobilkonzerns in einen ökologisch orientierten Produzenten für öffentliche Mobilität entscheiden. Denn ein solcher Umbau kann nur gelingen, wenn er von breiter Partizipation getragen wird. Die Menschen in den betroffenen Regionen, insbesondere die Beschäftigten, wissen, dass ein Strukturwandel kommt. Es wäre positiv, an das enorme Wissen und den Produzenten- bzw. Gebrauchswertstolz der Beschäftigten anzuknüpfen: Schaffen wir einen sozial-ökologischen Umbau der Industrie, der zugleich Jobs – nicht zuletzt im Metallbereich – und Zukunft auf diesem Planeten sichert?

Vielleicht wäre noch ein Schritt weiter zu gehen, denn die Konzerne zu vergesellschaften, dürfte eine fast unmögliche Aufgabe sein. Selbst wenn mit großen staatlichen Aufträgen Planungssicherheit geschaffen und Privatunternehmen solche Produktion ausweiten könnten, bleibt dies ein nur zusätzliches Segment für die

Konzerne, und die Kosten würden wegen der Renditeerwartungen tendenziell höher. Weshalb sollte daher nicht ein öffentliches Unternehmen für die alternative Produktion der notwendigen E-Busse, Straßenbahnen und Züge aufgebaut werden, streng gemeinwohlorientiert, sozusagen ein »VEB gerechte Mobilität«? Das wäre ein Projekt für die bundespolitische Ebene. Allerdings könnte bereits auf der regionalen und kommunalen Ebene begonnen werden: So wie auch bei der Produktion von Wohnungen die Diskussion in Richtung Bauhütte geht, könnten kommunale Verbände eigene Produktionsstandorte für unterschiedliche E-Busse initiieren – immerhin Teil von drei Landesregierungen und diverser Kommunen. Der Umbau der Automobilindustrie und eine andere materielle Infrastruktur für die Mobilitätswende sind eigentlich nur durch veränderte Eigentumsstrukturen zu bewerkstelligen.

Wie Mobilitätswende und ein weiterer reichender Green New Deal aussehen könnten, beschreibt treffend ein Konzept der LINKEN (Riexinger 2020). Weitere Bereiche, vor allem Rüstung und Teile der Chemieindustrie wären ebenfalls Kandidaten für eine Konversion. Eine Transformation der Ökonomie ist unverzichtbar. Wenn die Märkte ihre Investitionsfunktion nicht wahrnehmen, dann muss diese weitaus stärker zur öffentlichen, partizipativ organisierten Aufgabe werden. Mariana Mazzucato zeigt, wie die Schaffung von neuen Technologien/Produktivkräften, ja sogar neuen Märkten in den letzten vierzig

Jahren nicht durch Unternehmen, sondern durch staatliche Forschungsprogramme und Maßnahmen erfolgte: vom Internet über die erneuerbaren Technologien bis hin zu Nano- oder Biotechnologien. »Tatsächlich ist es der Staat, der bereit ist, Risiken einzugehen, die Unternehmen scheuen. Er hat sich als schöpferisch erwiesen, schaffte gänzlich neue Märkte und Branchen.« (Mazzucato 2014)

In was wollen wir investieren? Dies wäre durchaus eine gute Frage für eine Kampagne. Dies schließt auch die Sozialisierung der Innovationsfunktion ein, um der Entwicklung der Produktivkräfte eine Richtung zu geben, die an den Bedürfnissen der Einzelnen ansetzt und nicht an den Perspektiven des Profits – offensiv, die Unfähigkeit des privaten Sektors herausstellend, weil er den komplizierten Unsinn, vom digitalen Gadget bis zur Waffenproduktion, entwickeln kann, aber keine Lösung selbst für einfache Probleme wie etwa neue Werkstoffe für günstige und ökologische Wohnungen anbietet.¹⁰ Die Gewinnung ökologischer (Leichtbau-) Materialien und Stoffe, die Sicherung von 100 Prozent erneuerbarer Energie mit entsprechenden dezentralen Speicherkapazitäten und abnehmenden Stromverbräuchen, die Entwicklung smarter öffentlicher Mobilitätssysteme bei gleichzeitiger Reduzierung des Verkehrs, die Ersetzung seltener Erden durch alternative Rohstoffe, ökologische Anbaumethoden zur Sicherung der Ernährungssouveränität angesichts globaler Erwärmung – dies

sind nur einige Beispiele für progressive Innovationsfronten, die Investitionen in breite öffentliche Grundlagen- und Anwendungsforschung erfordern.

In der Krise zeigt sich erneut: Es ist die staatliche und gesellschaftliche Initiative, nicht der Markt, der schnell reagieren kann, die für die Bereitstellung der lebenswichtigen Bedürfnisse sorgt, den Bedarf ermittelt, wie in jeder Krise – weshalb nur in Krisenzeiten? Und sind der Klimanotstand, die schreiende Ungleichheit zwischen und innerhalb der Staaten, die Flucht- und Migrationsbewegungen nicht Krisen globalen Ausmaßes, die einen schnellen und planvollen Übergang zu einem sozial-ökologischen Systemwechsel erfordern (vgl. auch Kühne 2020)? Wir meinen, »Ja«. Den Vergleich zu einem Maßstab und einer notwendigen Eingriffstiefe wie zu Zeiten des New Deal und in kurzer Frist von etwa zehn Jahren bis 2030 haben wir bereits vor der Corona-Krise gezogen (bspw. Candeias 2019b). Ein »Weiter so« in und nach der Krise wäre völlig unangemessen gegenüber den aufgestauten Menschheitsproblemen.

4 // Offensiv für echte Demokratie

Aktuell werden zahlreiche Grundrechte eingeschränkt und außer Kraft gesetzt. Die Regierungen auf Bundes- und Länderebenen versichern, dass dies vorläufig ist. Die mediale Öffentlichkeit reagiert gelassen-kritisch. Für die unmittelbare Situation gelten viele Maßnahmen als akzeptabel. Das gilt unseres Erachtens

auch für das Tracking von Handydaten, sodass durch anonymisierte Kontaktprofile die Einzelnen vor Infektionsrisiko gewarnt werden könnten. Die Rechte der Parlamente sind nicht eingeschränkt, ebenso wenig die Rechte der Medien zur freien Berichterstattung; auch die Wissenschaftsfreiheit ist formell nicht begrenzt: Lehrveranstaltungen werden (online) weiter durchgeführt, NGOs, Gewerkschaften, Parteien, Bewegungsgruppen und linke gesellschaftliche Kräfte können – wenn auch unter erschwerten Bedingungen – vielfach ihren Aktivitäten nachgehen. Schwierig ist es für die Versammlungsfreiheit, aber es hat einzelne Demonstrationen gegeben. Es ist also nicht angemessen, von einem Ausnahmezustand in dem Sinne zu sprechen, wie das in der politischen Theorie und im Verfassungsrecht getan wird: als Außerkraftsetzung der Grundrechte mit den Mitteln des Maßnahmestaats. Die Bundesregierung hat nicht einmal das Notstandsrecht verhängt. Aber mit der kritischen Beobachtung der Maßnahmen ist vielfach die Warnung verbunden, Ausnahmeregelungen und Einschränkungen der Bürgerrechte dürften nicht zur Gewohnheit werden.

Es stellen sich zwei Fragen: Welche Konsequenzen lassen sich aus den sichtbar gewordenen Defiziten ableiten? Wie können demokratische Verfahren dazu beitragen, Versorgungsunsicherheiten zu verhindern, und welche sind geeignet, in Krisenfällen demokratische Verhältnisse zu sichern?

Die gegebene Situation sollte Anlass sein, bewährte Instrumente einer aktiven Sozial- und Gesellschaftspolitik, die auf die Absicherung gesellschaftlicher Bedarfe gerichtet sind, zu reaktivieren. Dies betrifft die Sozial- und Gesundheitsberichterstattung und Formen partizipativer Haushaltspolitik. Das sind nicht zuletzt Instrumente, um Akzeptanz von Umverteilungsprozessen zu schaffen. Auch Fragen, wie die Demokratisierung der Polizei bzw. eine demokratische Sicherheitspolitik aussehen kann, erweisen sich jetzt als dringend zu klären. Ein eigenes Feld ist die Rolle der Sozialversicherungen einschließlich der Bundesagentur für Arbeit im Vorfeld und im Verlauf der Krise. Die Krankenkassen und die Kassenärztlichen Vereinigungen haben über Jahre die Demontage des Gesundheitssystems (im Falle der Krankenkassen gegen die Interessen ihrer Mitglieder) mitgetragen. Die seit den 1970er Jahren diskutierte Frage (vgl. Standfest/Ferber 1977) nach der Demokratisierung der formal ja noch bestehenden Selbstverwaltung ist durchaus aktuell. Dazu wäre es notwendig, auch die regionalen und kommunalen parlamentarischen Instanzen zu stärken und ihnen mehr politisches Gewicht und reale Verantwortung mit der hierzu notwendigen Finanzausstattung zu geben und diese einzufordern.

Demokratische Entscheidungsprozesse müssen auf kritische Lagen hin erweitert und umgebaut werden. Aufgrund der gegenwärtigen Erfahrung ist zu überlegen, ob nicht für zukünftige Krisensituationen

besondere Gremien auf lokaler, regionaler und Bundesebene eingerichtet werden, zu denen Bürger*innen dann in besonderen Notfallsituationen einberufen werden, um sich an der Willensbildung zu beteiligen (denkbar wäre ein Modell vergleichbar den Sozialwahlen). Die lokale Demokratieebene ist deutlich zu stärken, da durchaus zu erwarten ist, dass Verkehrswege oder kommunikative Infrastrukturen auch zusammenbrechen oder Schäden nicht rechtzeitig behoben werden können. Das bedeutet konkret auch die Notwendigkeit einer Stärkung der Kommunalfinanzen und eine Neuausrichtung der personellen Ausstattung der Kommunen unter dem Gesichtspunkt der Bedarfssicherung, nicht der Finanzierbarkeit.

Lockerung der Kontaktverbote, Rückkehr der Bürgerrechte? Voraussetzungen und Dilemmata
Obwohl es im Moment Anzeichen dafür gibt, dass auch in einigen europäischen Staaten die Infektionszahlen zurückgehen, kann niemand vorhersagen, wie der weitere Verlauf der Krise aussehen wird. Jedoch liegt auf der Hand, dass keine Gesellschaft Kontaktsperren und Beschränkungen des sozialen, öffentlichen und ökonomischen Lebens, wie wir sie derzeit erfahren, über längere Zeit bewältigen kann. Wie nun damit umzugehen ist, ist umstritten. Manche sind verärgert über die Ausgangssperren und ökonomischen Einschränkungen, halten diese für sachlich nicht gerechtfertigt, wissenschaftlich nicht untermauert, und

sehen Rechtsbrüche mit der Verfassung und den Freiheitsrechten, anderen macht die Aufhebung dieser Maßnahmen Angst. Wieder andere sehen in der geforderten Aufhebung nur die Durchsetzung des Profitstrebens zu Lasten menschlichen Lebens und befürchten, dass es zu einer massiven Diskriminierung von Risikogruppen (insbesondere der Älteren) kommen könnte.

Doch um über mögliche Umgangsformen überhaupt in eine produktive Debatte zu kommen, braucht es Voraussetzungen, die bislang nicht gegeben sind: erstens sehr viel umfangreichere niedrigschwellige Testmöglichkeiten zum Nachweis akuter Infektionen (ähnlich der Drive-thrus in Südkorea), mit zeitnahen Ergebnissen, um Infektionen rasch und unkompliziert nachweisen und die Quarantäne von Infizierten viel gezielter angehen zu können. Insbesondere Beschäftigte in Supermärkten, Krankenhäusern, Altenheimen, Arztpraxen, Lieferdiensten, in der Logistikbranche etc., die täglich Kontakt zu zahlreichen Menschen haben, wären regelmäßig zu testen und mit ausreichendem Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz zu versorgen (Masken, wo nötig Schutzkleidung, praktikable Sicherheitsabstände, kein Präsenzzwang für die Risikogruppen unter den Beschäftigten).

Zum Zweiten bräuchte es ein ähnlich breit angelegtes und unkompliziertes Verfahren für Antikörpertests mit dem Ziel, diejenigen zu identifizieren, die – nach bisherigem wissenschaftlichem Kenntnisstand – gegen diese Virus-Vari-

ante immun sind und sich entsprechend verhalten können, gar wichtige Hilfestellungen bspw. bei Versorgungsengpässen gegenüber Risikogruppen und in sozialen oder medizinischen Brennpunkten leisten könnten. Vor allem sind die nun endlich begonnenen Querschnittsstudien von Populationen voranzutreiben, um eine wissenschaftlich fundierte Statistik über die tatsächliche Verbreitung des Virus in der Gesellschaft zu erlangen, über Infizierte ohne Symptome, Infizierte mit Symptomen, über negativ Getestete, über die Zahl der normal Gestorbenen, Toten, die mit, und solchen, die wegen Corona verstorben sind. Natürlich braucht es eine Produktion und Bereitstellung von ausreichend Schutzkleidung und Personal.

Damit wären belastbare Voraussetzungen geschaffen, um folgende Überlegungen zu diskutieren: Möglicherweise ist es sinnvoll, die Maßnahmen mit Augenmaß zu lockern, um notwendige Bedarfe zu decken, demokratische Praxen, soziale Kontakte und eine lebendige Zivilgesellschaft wieder ins alltägliche Leben zurückzubringen, keine Gewöhnung an autoritäre Situationen zuzulassen. Augenmaß bestimmt sich dann nach der Situation im Gesundheitssystem. Nach einem Absinken der Infektionen und insbesondere der kritischen Fälle kann eine kontrollierte Öffnung Luft verschaffen und zugleich ermöglichen, die Zahl der Infizierten wieder langsam zu erhöhen – denn solange es keinen Impfstoff gibt, ist die Immunisierung auf

diesem Wege unverzichtbar. Dabei wäre oberste Priorität, die gefährdeten Teile der Bevölkerung aktiv zu schützen (etwa durch Schleusen vor den Altenheimen und viel mehr Tests bei denjenigen, die viel Kontakt mit dieser Risikogruppe haben. Dies betrifft sowohl Pflegekräfte als auch Familienangehörige oder Kinder, die ihre Angehörigen besuchen wollen, um deren Isolation zu vermeiden. Das ist ein gänzlich anderer Ansatz als die utilitaristischen und menschenverachtenden Einlassungen rechtspopulistischer Politiker, meist Männer, die darüber fabulieren, ob man nicht Ältere sterben lassen sollte, um die Wirtschaft zu retten). Sobald es dann bei der vorsichtigen Öffnung wieder zu einem Anstieg der Infiziertenzahl kommt, der die Gesundheitssysteme stark beansprucht, wären erneut Kontaktsperrern und Einschränkungen einzuführen. China scheint diesen Weg der abwechselnden Einschränkung und Öffnung zu wählen.

Eine andere Variante wäre, regionale oder lokale Infektionsherde zu identifizieren und zu Quarantänezonen mit Kontaktverboten (notfalls Ausgangssperren) zu erklären (Schrappe u. a. 2020). Dies hätte den Vorteil, dass in anderen Teilen des Landes das soziale und ökonomische Leben wieder aufgenommen, die Produktion und Versorgung mit den notwendigen Dingen gesichert, die Bürgerrechte in vollem Umfang wieder gelten könnten. Zugleich können die überlasteten Gesundheitseinrichtungen der betroffenen Herde entlastet werden, Patient*innen in weniger

belastete Einrichtungen in anderen Regionen gebracht werden.

Beide Varianten rechnen mit vielen Unbekannten für die gesundheitliche Entwicklung. Da die Effekte von Lockerungen erst mit zwei bis drei Wochen Verspätung feststellbar sind, kann nach möglichen drastischen Folgen die verlorene Zeit für Eindämmung nicht mehr eingeholt werden. Ein erneuter wochenlanger Shutdown wäre gesellschaftlich schwer durchsetzbar, damit wüchse die Gefahr repressiver staatlicher Instrumente der Krisenbewältigung. Eine schrittweise und regional differenzierte Lockerung der gegenwärtigen Einschränkungen muss daher zwingend daran gekoppelt sein, dass bestimmte Voraussetzungen und Kriterien erfüllt sind. Welche das im Einzelnen sind, ist genau Gegenstand der dringenden und teilweise ja bereits initiierten gesellschaftlichen Debatte. Indes Lockerungen und eine Rückkehr zur »Normalität« (die schon vorher problematisch war) ohne eine Kopplung an präzise Voraussetzungen einzufordern, ist nur die verbrämte Form des erbarmungslosen *survival of the fittest*.

Weil aber auch die längere Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Maßnahmen einen hohen Preis für die demokratische, soziale und ökonomische Verfasstheit der Gesellschaft hat, bewegen wir uns in einem Dilemma. Ein Dilemma, das sich auch daran zeigt, dass die Autor*innen des Textes in dieser Frage uneins geblieben sind. Die schwierige Abwägung ist nicht zwischen

Profit und Gesundheit, sondern zwischen den menschlichen Folgekosten auf beiden Seiten, konkret: die Gefahr einer Überlastung der Gesundheitssysteme und damit viel Leid bei schwerem Verlauf inkl. vermeidbarer Todesfälle durch COVID-19 gegenüber den Gefahren für das Leben durch soziale Isolation und psychische Erkrankungen, zunehmende häusliche Gewalt, Verarmung etc. Dass Linke seit jeher darum kämpfen, die unsozialen Auswirkungen einer solchen Krise gar nicht erst entstehen zu lassen, ändert nichts daran, dass diese Auswirkungen nun mit aller Härte zuschlagen.

Unabhängig vom letztlich eingeschlagenen Weg sollten die demokratischen Institutionen nicht erst nach überwundener Krise wieder normal wirken können. Die demokratischen, politischen und sozialen Grundrechte sollten gestärkt werden. Das staatliche Handeln, die Legislative und die Verwaltungen, die Behörden und Schulen müssen auf zukünftige tiefgreifende Krisen eingestellt werden, wie sie mit dem Klimawandel, mit Wasserknappheit oder Versorgungsengpässen bei Nahrung oder medizinischer Hilfe verbunden sein können. Als kritische Infrastrukturen erweisen sich nicht nur Verkehrswege, Telekommunikation oder Elektrizität, sondern auch die Landwirtschaft (insbesondere die kleineren Bauern) und die Lebensmittelverarbeitung, der Katastrophenschutz, die Schulen und Hochschulen, die wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen.

Forschungsmittel müssen auf langfristige Resilienz umgestellt werden.

Da in den neuartigen Krisen wie auch dieses Mal weiterhin mit Shutdowns weiter Teile der Wirtschaft zu rechnen ist, bedarf es der entsprechenden Mitspracherechte der Belegschaften. Für eine relevante Mitsprache sollten Krisenstäbe der Betriebe gebildet werden, an denen Vertreter*innen der Belegschaft proportional vertreten sind.

Die gegenwärtige Krise zeigt, dass viele Menschen durch vorhandene Nachteile noch weiter in Schwierigkeiten geraten: Miete, Kommunikation, Einkauf, Mobilität. Soziale Infrastrukturen müssen in die öffentliche Hand (mit unterschiedlichen Trägern und Eigentümern: Staat, Kommunen, Parlamente, Genossenschaften, Beteiligungsgesellschaften) übernommen und ausgebaut werden. Die materielle, medizinische und kommunikative Versorgung muss vorsorgend gesichert sein. Dies muss entsprechend sozial-räumlich auf mittlere und lange Frist demokratisch geplant werden.

In den Monaten nach der Krise wären Forschungsprojekte und Beratungsgremien zu schaffen, in denen über die Zukunft und Sicherung der Demokratie unter den Bedingungen weitreichender Natur- und Gesellschaftskrisen nachgedacht und Empfehlungen ausgesprochen werden können. Es braucht dafür auch Transformationsräte auf unterschiedlichen Ebenen und in unterschiedlichen Branchen, um die unverzichtbare sozial-

ökologische, aber auch die informationstechnologische (digitale) Transformation mit einer Demokratisierung der Demokratie zu verbinden.

5 // Migration – Leave No One Behind

Vor dem Hintergrund der Krise ist der Schritt, dass Portugal nun alle dort lebenden Migrant*innen legalisiert und mit einer Krankenversicherung ausgestattet hat, nur logisch. Das muss der praktische Maßstab auch für die anderen europäischen Länder sein.

Über 40.000 Menschen harren außerdem zum Teil seit mehreren Jahren in Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln aus, unter teils unmenschlichen Bedingungen und ohne ausreichende gesundheitliche Versorgung – davon über 10.000 Minderjährige. Aber auch in den Flüchtlingslagern an der griechisch-türkischen und der kroatisch-bosnischen EU-Außengrenze ist die Situation angespannt.

140 Städte in Deutschland haben sich zu »Sicheren Häfen« erklärt. Städte und Landkreise haben ihre Bereitschaft bekundet, Geflüchtete – aus EU-Staaten, aus der Seenotrettung oder von den Außengrenzen – über den Verteilungsschlüssel hinaus aufzunehmen. Das Bundesinnenministerium sagt »nein«. Wir sagen »ja«: Eine Aufnahme von Schutzsuchenden aus einem anderen EU-Mitgliedsstaat durch die Bundesländer ist zulässig. Zu diesem Ergebnis kommt ein aktuelles von der Rosa-Luxemburg-

Stiftung beauftragtes Rechtsgutachten zur »Aufnahme von Schutzsuchenden durch die Bundesländer« (Heuser 2020). Der Verein Mission Lifeline hat in diesem Zusammenhang sein Vorhaben, Flüchtlinge aus Griechenland zu evakuieren erweitert und plant eine Luftbrücke zwischen Lesbos und Berlin. Das Geld für den ersten Flug ist bereits beisammen. Die Bereitschaft der Landesregierung ist vorhanden, die rechtliche Möglichkeit ist belegt, die zivilgesellschaftliche Initiative für die Umsetzung bereit. Ein spannendes Experiment rebellischen Regierens und Agierens.

GERINGE SPIELRÄUME, ABER DISKURSIVE MÖGLICHKEITEN

1 // Finanzpolitik und Schuldenbremse in Europa: exklusive vs. wechselseitige Solidarität

Italien, Spanien, ein EU-Land nach dem anderen setzt die Schuldenbremse aus, die EU-Kommission kann dies nur noch nachfolgend beschließen. Jedes Land für sich sucht die Wege aus der Krise mit dem Wissen, dass dies für Länder wie Italien und Spanien nicht zu schaffen ist. 13 Länder der Eurozone sehen in Eurobonds eine Möglichkeit, die Staatsinsolvenzen in der EU zu verhindern. Selbst das Institut der Deutschen Wirtschaft spricht sich im »deutschen Interesse« für diese aus, aus wirtschaftlicher aber mehr noch aus politischer Sicht. Doch die Große Koalition stellt sich gegen eine solche Option

und führt die EU in eine Zerreißprobe, obwohl die Union längst von existenziell bedrohenden Konfliktlinien (Demokratie, Außen-, Handels- und Wirtschaftspolitik, Haushaltspolitik etc.) durchzogen ist. Der mögliche Zerfall dieser EU und ihrer Transformation als Freihandelszone wird in Kauf genommen. Es braucht einen Neustart der EU als Solidargemeinschaft, wie ihn die Linken in Europa seit Langem fordern. Die Chancen dafür sind derzeit begrenzt.

Bezeichnend ist, dass erneut in Deutschland ohne Zögern gigantische Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden, zugleich aber eine europäische Lösung blockiert wird. Italien braucht umgehend direkte Finanzhilfen. Selbst der Neoliberale Hans-Werner Sinn fordert eine Soforthilfe für Italien von 20 Mrd. Euro – ohne Rückzahlung. Schließlich ist die Europäische Union unter anderem hauptverantwortlich dafür, dass die Gesundheitssysteme in Griechenland und Spanien in ihrer Leistungsfähigkeit auf ein trauriges Niveau heruntergekürzt wurden. Aber es geht eben nicht um europäische Solidarität. Um die ging es nie: Das oft bemühte Bild einer »Europäischen Solidarität« zeigt seine Verlogenheit. Tatsächlich ging es ja auch nie um Solidarität, als vielmehr um die gelingende Regulierung der gewollten innereuropäischen Konkurrenz. Doch selbst das kann die EU immer weniger leisten. So fühlt sich Italien (wie auch Griechenland) nach Eurokrise sowie

Flucht- und Migrationsbewegungen und nun COVID-19 zum dritten Mal innerhalb von zehn Jahren alleingelassen und öffnet sich Hilfsmaßnahmen aus China, Russland, Venezuela und Kuba. Nationales Selbstinteresse und exklusive Solidarität prägen derzeit vor allem auch die deutsche Europapolitik: Der Krisenkeynesianismus gilt wie im Jahr 2009 wieder nur für Deutschland – der Rest durfte sich in Austerität üben. Die Hoffnung ist, dass es wieder zu einer tiefen Delle im Wachstumsverlauf kommt, vor allem im Export, aber danach geht es munter weiter, auf Kosten der anderen. Dieses Modell war schon vor zehn Jahren fraglich und hat maßgeblich die Eurokrise ausgelöst. Der Euro ist nicht vor einer neuen Krise gefeit. Sollte Italien aufgrund der COVID-19-Krise Probleme mit seinen Staatsanleihen bekommen, weil Akteure auf den internationalen Finanzmärkten die Bonität des Landes anzweifeln, dann ist das der Beginn einer neuen Eurokrise.

Neben der Liquiditätszusicherung von der EZB und einer vorübergehenden Aufhebung der Schuldengrenzen bedürfte es endlich der Einführung von Eurobonds, damit wirtschaftlich schwächere Länder sich zu günstigeren Zinsen finanzieren können. Noch sperrt sich aber die Bundesregierung im Bündnis mit den Niederlanden. Wir gehen jedoch davon aus, dass diese Instrumente durch die Heftigkeit der Krise auch kommen werden (unter welchem Namen auch

immer). Selbstverständlich wären die Schuldengrenzen und der Fiskalpakt dauerhaft außer Kraft zu setzen (zur Refinanzierung siehe unten).¹¹ Auch international wären ähnliche Maßnahmen erforderlich, um eine Schuldenkrise globalen Ausmaßes zu vermeiden und eine rasche Instandsetzung globaler Gesundheitsstrukturen (siehe unten) zu ermöglichen. Sofort könnte ein Schuldenmoratorium, besser noch -erlass, erfolgen, der IWF könnte ohne die übliche Konditionalität Ziehungsrechte (faktisch Kredite) mit langer Laufzeit und niedriger Verzinsung zur Verfügung stellen, ein globaler Gesundheits- und Notfonds direkte Hilfen gewähren. Niemand weiß, welche Folgen sonst die Auswirkung dieser durch Corona zuge-spitzten Vielfachkrise in den Ländern des globalen Südens hätte. (Einseitig verhängte) Kapitalverkehrskontrollen sind grundsätzlich ein probates Mittel, nicht nur, um Kapitalflucht in der Krise zu verhindern. In Notzeiten wie diesen sollten Börsen und wesentliche Teile des Finanzmarktes ohnehin geschlossen werden, da sie weniger denn je eine Steuerungsfunktion nach Maßgabe der Finanzierung gesellschaftlicher Bedürfnisse erfüllen.

2 // Gesundheit für alle: global & kostenfrei

Gesundheit ist ein Menschenrecht, das vielen Menschen derzeit verwahrt bleibt, weil sich die internationale Gemeinschaft

nicht dazu durchbringen konnte, die notwendigen Finanzmittel dafür bereitzustellen. Dabei drohen die Zustände derzeit, unsere Vorstellungskraft wieder einmal herauszufordern. Zum Teil erleben wir im engen Sinne katastrophale Entwicklungen, in welchen insbesondere für die subalternen Klassen und Gruppen im globalen Süden kaum medizinische Betreuung existiert, Infizierte auf der Straße sterben, ein riesiger informeller Sektor zusammenbricht und damit Milliarden von Menschen über keine Einkünfte mehr verfügen, neue Hungerkatastrophen fast unausweichlich sind – eine Weltkrise. Vor allem in dicht gedrängten Flüchtlingslagern und den Armutsvierteln der Megacities in Lateinamerika, Afrika und Asien ist die notwendige soziale Distanzierung zur Verminderung der Infektionsraten nicht realisierbar. Die Möglichkeit des Homeoffice existiert nicht für Millionen von Wanderarbeiter*innen, Landarbeiter*innen und informelle Händler*innen. Der Zugang zu einem funktionierenden Gesundheitssystem war schon vor der Corona-Krise für Milliarden Menschen ein unereichbares Privileg, das einer kleinen Elite vorbehalten ist. Der Zusammenbruch globaler Wertschöpfungsketten und des Welthandels bedeutet für Hunderte von Millionen Arbeiter*innen in den Weltmarktfabriken des globalen Südens den unmittelbaren Entzug der Existenzgrundlage. Und die Krise wirkt sich nach Klasse, Geschlecht, ethnischer Zuschreibung und unterschiedlichen staatsbürgerlichen Rechten sehr unter-

schiedlich aus (vgl. Davis 2020), vertieft strukturelle soziale Ungleichheiten.

Die seit den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts anhaltenden neoliberalen Strukturreformen haben weltweit nicht nur die nationalstaatlichen öffentlichen Gesundheitssysteme zerstört oder stark geschwächt, sondern auch die Instrumente einer globalen Gesundheitspolitik. Privatisierungsoffensiven und die Kommodifizierung der Gesundheitsfürsorgesysteme haben weltweit die Macht von transnationalen Gesundheitskonzernen und Versicherungsunternehmen, der Pharmaindustrie und von Medizingeräteherstellern mit ihren jeweiligen Profitinteressen gestärkt. Die Weltbank und die Welthandelsorganisation (WTO) wurden seit den 1980er Jahren als zentrale Player der neoliberalen Umstrukturierung der globalen Gesundheitsversorgung etabliert. Während die WHO, die als UN-Unterorganisation dem Sozialpakt der Vereinten Nationen verpflichtet ist, der den Zugang zu Gesundheitsfürsorge als soziales Menschenrecht definiert, institutionell demontiert wurde, konnten sich private Stiftungen wie die Bill and Melinda Gates Foundation als mächtige Player etablieren. Damit wurden multilaterale Foren der globalen Gesundheitsregulation und eine Steuerung der Gesundheitspolitik im öffentlichen Interesse – von Patentrechten bis zur Gesundheitsinfrastruktur – dramatisch geschwächt.

Die aktuelle Krise könnte ein Fenster für die Neubestimmung von Diskursen

auch auf internationaler Ebene öffnen. Die Forderung nach einer kostenfreien und im öffentlichen Interesse organisierten Gesundheitsfürsorge ist über den nationalstaatlichen Rahmen hinaus global zu stellen. Zu den notwendigen finanziellen Sofortmaßnahmen haben wir oben schon Hinweise gegeben. Nach Aussage der UN benötigt allein der afrikanische Kontinent finanzielle Hilfen von 100.000 Mrd. US-Dollar, nur um die gegenwärtige Krise zu bewältigen.

Das aktuelle gesellschaftliche Interesse an Viruserkrankungen und den Möglichkeiten ihrer Bekämpfung sollten wir nutzen, um den Blick etwas zu weiten: Allein 2018 starben weltweit 405.000 Menschen an Malaria, 380.000 davon in Afrika. An Tuberkulose starben 2017 etwa 1,6 Millionen Menschen – einer Krankheit, für die es schon lange einen Impfstoff gibt. Das macht knapp 5.000 Tuberkulose-Tote pro Tag. Auch wenn das Interesse daran im globalen Norden bisher überschaubar war, könnte sich das jetzt allein schon aus Eigeninteresse ändern.

Denn: Indem das aktuelle Corona-Virus, das so genannte Ebola für Reiche, nun zum globalen Wirtschaftsfaktor wird, könnte es den politischen Raum für neue Bündnisse für eine auskömmliche Finanzierung einer globalen Gesundheitsversorgung eröffnen: »Pandemien belehren uns darüber, dass alle Menschen gleich geboren und deshalb auch in gleicher Weise sterblich sind. Dem entspricht, dass die Gefahr einer globalen

Pandemie nur abgewendet werden kann, wenn das Konzept einer ›Gesundheit für alle‹ endlich verwirklicht und überall auf der Welt die einfache Wahrheit anerkannt wird, dass jedes öffentliche Gesundheitssystem nur so stark ist wie sein ärmster Patient.« (Sivaraman 2006) Die Forderung nach einem globalen Menschenrecht auf Gesundheitsfürsorge kann dabei verbunden werden mit der Forderung nach anderen globalen sozialen Rechten wie dem Recht auf Wohnung und Bildung sowie Arbeitsrechten.

Die Corona-Krise kann auch den Raum für eine neue Diskussion von globaler Solidarität öffnen, in der sozial-ökologische Transformation, globale soziale Rechte und der Kampf gegen Autoritarismus zusammengedacht werden. Ein Ansatzpunkt wäre die Erweiterung der strategischen Diskussionen um einen transformatorischen Green New Deal um die globalen Dimensionen sozialer Ungleichheit und eine alternative Weltwirtschaftsordnung (Kanzleiter 2020). Die Krise gibt auch Anlass, dabei die strategische Debatte um ein progressives Verhältnis von selektiver »Deglobalisierung« und einer anderen, solidarischen Globalisierung weiterzutreiben. Bestimmte politische Kompetenzen wären von der internationalen oder europäischen Ebene tatsächlich zurückzuholen, etwa die Organisation der Daseinsvorsorge. Produktionsketten sind überdehnt. Wenn medizinische Produkte und Gerätschaften nicht in den Ländern verfügbar sind, weil alles nach China und

andernorts verlagert wurde, zeigt sich ein Problem. Für »systemrelevante« Dinge, wie es jetzt heißt, also unverzichtbar Notwendiges, sollten eben Produktionsstrukturen vorhanden sein.

Aber auch eine Alter-Globalisierung wäre denkbar. Statt dass die WHO bei jeder Krise betteln gehen muss, könnten unter dem Dach der WHO eigene Produktionsstrukturen für die wichtigsten Medikamente und Impfstoffe, etwa gegen bekannte und mindestens genauso tödliche Krankheiten wie Masern, Ebola, Tuberkulose, Malaria etc. aufgebaut werden – gemeinwohlorientiert und öffentlich. Das Patentrecht müsste natürlich geändert werden. Das ginge auch ohne große Reform der UNO, denn diese ist unwahrscheinlich. Auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung könnte – krisenbegründet und vorübergehend – einen relevanten Teil ihrer Mittel für Entwicklungszusammenarbeit direkt für solche Zwecke verausgaben, etwa zum Zwecke des Ankaufs von Beatmungsgeräten und anderer medizinischer Ausrüstung (was ansonsten nur den Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit im engeren Sinne wie der GIZ oder Hilfsorganisationen wie *medico international* vorbehalten ist).

Gesundheit als globale soziale Infrastruktur ist nur ein Element einer Reihe von globalen sozialen Rechten, die noch längst nicht verwirklicht sind (für eine umfassende Analyse der Kämpfe um globale Gesundheit vgl. Sengupta u. a. 2020). Auch wenn die derzeitigen

Kräfteverhältnisse solche Schritte unrealistisch erscheinen lassen, müssen sie doch gefordert werden, um die möglichen Alternativen aufzuzeigen. Auch in den Ländern des globalen Südens erleben wir eine neue Welle solidarischer Praxen (für zahlreiche Berichte aus den unterschiedlichen Ländern und Regionen vgl. das RLS-Dossier »Solidarisch gegen Corona«, www.rosalux.de/corona). Es geht darum, diese lokalen Bewegungen und Akteure zu stärken, die in der Perspektive globaler Solidarität agieren. Im Feld der Gesundheitspolitik sind das Netzwerke wie beispielsweise das *People Health Movement (PHM)*, das über lokale Organisationen in 70 Ländern verfügt.¹²

3 // Menschliche Sicherheit und zivile Krisen- und Konfliktprävention

Grundsätzliche Voraussetzung für einen Zugang zu Gesundheit ist nicht zuletzt Frieden oder doch zumindest ein Waffenstillstand. Die Petition zum globalen Waffenstillstand von UN-Generalsekretär António Guterres ist zu unterstützen und weiterzutreiben.

Zumindest jene Dinge, auf die die Bundesrepublik Einfluss hat, gälte es zunächst einmal zu unterlassen: keine Beteiligung an Kriegs- und Polizeieinsätzen; keine ungerechten Handelsverträge, die lokale Ökonomien in den Herkunftsländern zerstören; keine Entwicklungszusammenarbeit, die doch nur an die Umsetzung neoliberaler Reformen gebunden wird; keine Ausbeutung von

Rohstoffen, auf Kosten der Zerstörung von Natur, menschlichen Lebensräumen und Überausbeutung; aber auch kein weiterer Abbau von Kohle bei uns, keine Fortsetzung einseitiger Exportorientierung – um nur einige Beispiele zu nennen, die strukturell Krisen und Konflikte befördern. Der Zusammenhang von ökonomischer, sozialer und physischer Gewalt als Ursache von Kriegen sollte gerade jetzt herausgestellt werden. In Kriegsregionen bricht die medizinische Versorgung durch die Pandemie praktisch zusammen, viele internationale Hilfsorganisationen ziehen ihre Leute ab.

Leichter wäre evtl. eine Kampagne für eine substanzielle Reduzierung von Rüstungsexporten, insbesondere ein Verbot des Exports an Staaten, die an gewaltsamen Konflikten und Kriegen beteiligt sind. Die Neuaufgabe einer Debatte zur Konversion der Rüstungsindustrie ist nicht chancenlos, angesichts des Auseinanderfallens ausreichender Mittel für die gesellschaftliche Reproduktion in Form einer bedarfsorientierten Gesundheitsversorgung auf der einen und der Milliarden für ein unnützes Destruktionspotenzial, nur um Exporterlöse zu generieren, auf der anderen Seite. Dabei ist der Beschäftigungseffekt der Rüstungsindustrie eher gering (100.000 Beschäftigte, mit allen Zulieferern maximal 300.000). Im Rahmen eines globalen Rüstungswettlaufs bindet sie Milliarden an Investitionen, die im Kampf gegen die drohende Klimakatastrophe und die Krise allgemein gebraucht

werden, und zugleich trägt sie sozusagen zum Export von Krisen und Kriegen bei, die Verstärkereffekte in der Vielfachkrise haben.

Es ist geradezu grotesk, wenn die Produktion von Waffen als »lebensnotwendige Güter« klassifiziert wird, sodass die Bischöfe der Regionen Piemont und Aostatal gegen die trotz Corona fortgesetzte Waffenproduktion protestierten: »Laut einem Regierungsdekret dürfen derzeit aus Gründen des Seuchenschutzes nur »lebensnotwendige« Güter produziert werden; eine entsprechende Sondererlaubnis liegt auch für die Rüstungsindustrie vor. [...] Wir sagen nein zur Herstellung von Waffen, besonders in dieser Zeit, in der Werkzeuge und Ausrüstung für das Leben und nicht für den Tod benötigt werden«, heißt es in einem aktuellen Schreiben der Bischöfe. »Wie viele Krankenhausbetten könnten mit den Kosten eines einzigen Kampfflugzeugs beschafft werden?«, fragen die Geistlichen (Vaticannews). Besonders kritisch beurteilen sie ein prestigeträchtiges Kampffjet-Projekt in Piemont. Dort befindet sich die einzige Produktionsanlage für die Herstellung von F-35-Kampfflugzeugen außerhalb der USA.

International gilt es, zivile Konfliktprävention zu entwickeln und einzufordern, die Mittel für Kriseneinsätze und Entwicklungszusammenarbeit massiv umzuschichten. Denkbar wäre, dass die Bundesrepublik Deutschland oder eine »Koalition der Willigen« vorangeht und

die massenhafte Ausbildung von »zivilen Friedenskräften« (van Aken), die aus den jeweiligen Konfliktregionen selbst kommen, in Angriff nimmt. Auf eine Regierungsinitiative muss dabei gar nicht gewartet werden. Zivilgesellschaftliche und Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit könnten hier gemeinsam neue Wege gehen. Dies wäre nicht zuletzt eine Aufgabe für die Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Ob die Corona-Krise für eine Friedensinitiative genutzt werden kann, ist offen. Denn zu befürchten ist eher das Gegenteil: eine Verschärfung der Vielfachkrise, die zu neuen Konflikten und Kriegen führt.

FÜR EINE NEUE SOLIDARITÄT

Es ist nicht leicht, in einer neuartigen Kombination von Krisen mit hoher Dynamik zu agieren, noch weniger, wenn die Krise die Exekutive stärkt und die Linke in die Defensive gedrängt ist. Nichtsdestoweniger handelt es sich um eine offene Situation. Auch wenn die Exekutiven gestärkt sind, sind sie doch Getriebene. Sie können versuchen die Krise in ihrem Sinne zu nutzen, doch vor Unwägbarkeiten und Versagen sind sie nicht gefeit.

Schon jetzt eröffnet die Situation Gelegenheitsfenster: Unmittelbare Chancen für wirksame Interventionen der Linken, die tatsächlich in der Lage wären, derzeit veränderte öffentliche Diskurse

in eine reale Verschiebung von Kräfteverhältnissen zu übersetzen und konkrete Verbesserungen zu erreichen, sehen wir in drei Feldern: *a*) vor allem bei der Verbesserung im Gesundheitssektor, bei der Anerkennung und Ausgestaltung systemrelevanter (Frauen-)Berufe und sozialer Infrastrukturen; *b*) bei einem verbesserten »Schutzschirm für die Menschen« und der Infragestellung der Schuldenbremse; *c*) für Elemente einer sozial-ökologischen Investitionsoffensive; *d*) für eine Demokratieoffensive, die nicht nur den Status autoritärer Krisenmaßnahmen wieder aufhebt, sondern reale demokratische Fortschritte erlaubt, die auch ihre sozialen Grundlagen mit einbeziehen; sowie *e*) bei der unmittelbaren Hilfe für Geflüchtete durch konkrete Aktionen von rebellischen Landesregierungen und zivilgesellschaftlichen Initiativen.

Auf diese Felder sollten die Kräfte konzentriert und Kampagnen (weiter) entwickelt werden, die wenige Forderungen nach vorne stellen, die zugleich einen für die Linke produktiven Konflikt produzieren können und eine weitergehende Perspektive transportieren.

Darüber hinaus bieten sich weitere Teilöffnungen im gesellschaftlichen Diskurs, die vielleicht nicht für die unmittelbare Verbesserung der politischen und sozialen Situation ausreichend sind, aber doch eine höhere Sichtbarkeit linker Debatten und Positionen in bestimmten Feldern ermöglichen: *a*) in der Frage

einer europäischen Solidarität und Zukunft; *b*) bei der Debatte um konkrete internationale Maßnahmen für eine Gesundheit für alle als einem globalen sozialen Recht; und *c*) bei Schritten hin zu menschlicher Sicherheit und ziviler Krisen- und Konfliktprävention.¹³ Angesichts der drohenden Gefahren durch die Gegenkräfte und der Defensive der Linken in der Krise gilt es zugleich, keine falschen Hoffnungen für eine linke Offensive zu hegen. Lasst uns den grünen Sozialismus fordern, aber konkrete Projekte in diese Richtung voranbringen, an Stellen, wo unter den Bedingungen von Corona- und Wirtschaftskrise im zehnten Jahr einer tiefen organischen oder Vielfachkrise etwas zu bewegen sein könnte. Wir benötigen ein wenig Voluntarismus gegen die Krisendepression, aber kritischen Realismus für den langen Atem.

Die Corona-Krise erinnert uns daran, wie zerbrechlich das Leben ist, jedes Leben, und was eigentlich alles wirklich »systemrelevant« ist. Vielleicht nicht der günstigste politische Moment für die Linke, aber ein Gelegenheitsfenster für eine neue Solidarität.

1 Fake News treiben weiter ihre Blüten, doch fast kann man von einer Rückkehr von Wissenschaft und Aufklärung im öffentlichen Diskurs sprechen. Zugleich gilt es, achtsam zu bleiben, keiner neuen Expertokratie aufzusitzen, auch Virologen und Epidemiologen an ihre Grenzen zu erinnern, wenn sie ihr Fachgebiet und politische Ent-

scheidungen zu sehr in eines setzen, Räume für Zweifel und Kritik offenzuhalten.

2 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/37123/umfrage/weltweites-tourismusaufkommen-nach-reiseankuenften-seit-1950/>

3 www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/01/PD20_018_811.html

4 Andere Interpretationen sehen durchaus eine deutliche Richtung kapitalistischer Entwicklung, z. B. die Expansion in den »Schwellenländern« und insbesondere in China. Sablowski wagt die These, dass die Akkumulation/erweiterte Reproduktion des Kapitals in den letzten Jahrzehnten die fordistische Entwicklung zum Teil sogar in den Schatten stellt. Die Frage der Hegemonie war bereits angesichts der Krise 2008/09 strittig. Vgl. die Debatte Bader, 2011: »Vielfachkrise«. Eine Debatte, www.zeitschrift-luxemburg.de/ruckkehr-der-kampfe-heft-22011-ist-in-druck/.

5 Für die Pflege fordert die DIE LINKE pauschal 500 Euro zusätzlich für alle Vollzeitbeschäftigten, anteilig für Teilzeit. In der Altenpflege wird ein Mindestlohn von 14,50 Euro angestrebt. Angesichts der hohen Teilzeitquote in diesem Feld außerdem, dass niemand in der Altenpflege weniger als 3.000 Euro brutto verdient.

6 Zur Reichtumsverteilung jüngst anschaulich aufgearbeitet von Stefan Kaufmann, Virus und Reichtum, in: ND v. 4.4.20, S. 3.

7 Auch die Beibehaltung eines veränderten Soli-Zuschlages sollte erwogen werden, statt dieses Instrument nun aufzugeben, wie von der Bundesregierung geplant.

8 Eine der Ursachen für schwere Verläufe von COVID-19 sind eben Vorerkrankungen der Atemwege aufgrund starker Feinstaubbelastungen.

9 In die entgegengesetzte Richtung geht ein Schreiben verschiedener Verbände des Auto-Sektors an die Europäische Kommission mit der Bitte um Unterstützung in der Corona-Krise. Darin wird nicht nur um finanzielle Zuwendungen gebeten, sondern auch um Aussetzung von Regulierungen zu Sicherheit, Klima- und Umweltschutz als Voraussetzung, nach der Pandemie die »Verluste« an Produktion und Umsatz wieder einzuholen – um in

Europa wettbewerbsfähig zu bleiben, Arbeitsplätze zu sichern und so weiter (vgl. Krull, 2020).

10 Zur Illustration der Absurdität in der Autoindustrie kann auf den neuen E-SUV von Tesla mit über 1,5 Tonnen Gewicht verwiesen werden. Aber auch auf dieses schöne Beispiel: »2022 will Continental eine weiterentwickelte 3-D-Displaytechnik in Serie bringen. Dabei setzt der Automobilzulieferer auf das sogenannte Leia-System, bei dem Lichtleitermodule mit Nanostrukturen zum Einsatz kommen, die das Licht beugen und dorthin lenken, wo es für 3-D-Effekte benötigt wird. Objekte in der Grafik setzen sich dabei aus acht Perspektiven zusammen und werden deshalb aus verschiedenen Blickwinkeln und somit auch für Beifahrer und Fondpassagiere sichtbar.« Antriebswechsel ohne ökologischen Sinn und unnütze Gadgets als Verheißung von Fahrspaß, statt sozial-ökologischer Transformation. (vgl. Krull 2020).

11 Der Schutzschirm für Konzerne sollte im Übrigen an Bedingungen geknüpft werden. Dazu gehören – dies ist eine Lehre der Bankenrettungen während der globalen Finanzkrise – das Verbot für Aktien-Rückkäufe und Kapitalzentralisierung in der Krise (2008ff. leistete einer riesigen Zentralisierung von Bankkapital Vorschub), die Übertragung von Vermögenswerten an die öffentliche Hand und sozial-ökologische Einflussnahme auf Investitions- und Personalentscheidungen.

12 Vgl. <https://phmovement.org/>

13 Programmatisch sind viele weitere Dinge richtig und wichtig, nur ist fraglich, ob die gegebene Situation dafür vorteilhafte Bedingungen schafft. Fordern sollten wir sie trotzdem, Bedingungen wären zu schaffen.

LITERATUR

Allespach, Martin/Demirović, Alex/Wentzel, Lothar, 2010: Demokratie wagen! Gewerkschaftliche Perspektiven in der Wirtschaftskrise, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 2
Becker, Lia, 2020: Verdichtung der Vielfachkrise durch Corona, unveröffentlichtes Manuskript, März
Candeias, Mario, 2019a: Linkspartei, was nun? Drei Vorschläge für eine Strategiediskussion, RLS-Reihe Standpunkte, September, www.rosalux.de/

publikation/id/41070/linkspar-tei-was-nun?cHash=b94de542f21f88b5316820d8a05ce1ee
ders., 2020: Zeit für etwas Neues: darum Sozialismus, in: ders./Fried, Barbara/Schurian, Helen (Hg.): Lust auf Sozialismus... für die Zukunft sorgen, RLS-Reihe Materialien, 3–16, www.rosalux.de/publikation/id/41601/lust-auf-sozialismus/
Chuàng, 2020: Soziale Ansteckung. Coronavirus: Mikrobiologischer Klassenkampf in China, in: akweb, 18.03.2020, <https://wirkommen.akweb.de/2020/03/soziale-ansteckung/?fbclid=IwARoVBjlc6Dk3poYPPfoHQLjnJfYt2rAspp7d4FjLHIAF6Q72rGxeuf-9jLM>
Davis, Mike, 2020: Im Jahr der Pandemie, in: LuXemburg-online, März, www.zeitschrift-luxemburg.de/im-jahr-der-pandemie/?fbclid=IwAR2p3thLRLpyiRqPSPriJbs_FFsi1u1s3orqPtgYf5xNShTyaDgMwZ6buLeI
Demirović, Alex, 2020: In der Krise die Weichen Stellen. Die Corona-Pandemie und die Perspektiven der Transformation, in: LuXemburg-online, März, www.zeitschrift-luxemburg.de/in-der-krise-die-weichen-stellen-die-corona-pandemie-und-die-perspektiven-der-transformation/?fbclid=IwAR3XxMmdtsiLMF3q2v9d3VYht-nqQoeTx34Blm9DI7tYF_yzmh9Q5jXY1F4
Dück, Julia, 2020: »Whatever it takes« – Spahns Hilfspaket für DRGs und nicht für eine bedarfsgerechte Versorgung in Zeiten der Krise, in: LuXemburg-online, April, <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/whatever-it-takes-warum-spahns-hilfspaket-nicht-die-krankenhaeuser-sondern-das-neoliberal-fallpauschalen-system-rettet/>
Gernhardt, Volker, 2020: Personalnot im Krankenhaus: Warum gegen die jahrzehntelange Misere nur eine neue Personalbemessung hilft, in: LuXemburg-online, März, www.zeitschrift-luxemburg.de/personalmangel-im-krankenhaus/
Heintze, Cornelia/Ötsch, Rainald/Troost, Axel, 2020: Studie »Die Beschäftigungslücke in der sozialen Infrastruktur«, RLS, Berlin, www.rosalux.de/publikation/id/41667/die-beschaeftigungsluecke-in-der-sozialen-infrastruktur/
Heuser, Helene, 2020: Rechtsgutachten »Aufnahme von Schutzsuchenden durch die Bundesländer«, RLS, Berlin, www.rosalux.de/publikation/id/41787/aufnahme-von-schutzsuchenden-durch-die-bundeslaender?cHash=f382d21ce58ccdcfcf7a72fc4888c15e&fbclid=IwAR3ZOOkIRg3ADLgIAcU8ca7njGgusY41d3blfLoZF-96X_yD6kN-

V5G868

- Kanzleiter, Boris, 2020: Globale Solidarität. Für einen Internationalismus der Zukunft, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin
- Krull, Stephan, u. a., 2020: Die Autoindustrie in der Corona-Pandemie. Rezepte für morgen statt Rezepte von gestern!, ein Beitrag aus dem Gesprächskreis Auto. Umwelt.Mobilität der Rosa-Luxemburg-Stiftung, April (im Erscheinen)
- Kühne, Steffen, 2020: Drohen ist nicht Greta. Die Coronakrise zeigt, was möglich ist, in: ND v. 11.4.2020, 12
- LINKE, DIE, 2020: Solidarisch aus der Krise: Menschen vor Profite, Beschluss des Parteivorstandes v. 28.3.2020, www.die-linke.de/partei/partei-struktur/parteivorstand/2018-2020/beschluesse/detail/news/solidarisch-aus-der-krise-menschen-vor-profite/
- Luig, Benjamin, 2020: Systemrelevanz ja, Arbeitsrechte nein? Das Corona-Krisenmanagement in der Landwirtschaft findet auf dem Rücken der Beschäftigten statt, RLS, 24.3.2020, www.rosalux.de/news/id/41822/systemrelevanz-ja-arbeitsrechte-nein?cHash=65f02b2ff24ffid3454afbfdidd40e27
- Online-Dossier zur Corona-Krise der Zeitschrift Luxemburg, www.zeitschrift-luxemburg.de/online-dossier-zur-corona-krise/
- Ost, Ellen, 2020: »Es wird jetzt mehr als deutlich, dass Krankenhäuser nicht nach Profit funktionieren«. Interview in: Luxemburg-online, März, www.zeitschrift-luxemburg.de/es-wird-jetzt-mehr-als-deutlich-dass-krankenhaeuser-nicht-nach-profit-funktionieren/
- Riexinger, Bernd, 2020: Ein linker Green New Deal, in: LuXemburg-online, März, www.zeitschrift-luxemburg.de/ein-linker-green-new-deal/
- Sablowski, Thomas/Schneider, Etienne/Syrovatka, Felix, 2018: Zwischen stiller Revolution und Zerfall. Der Kapitalismus in der Europäischen Union nach zehn Jahren Krise, RLS-Reihe »Analyse«, Berlin, www.rosalux.de/publikation/id/39345/zwischen-stiller-revolution-und-zerfall/
- Sablowski, Thomas, 2020a: Was ist notwendige Arbeit? Und wer entscheidet darüber?, in: LuXemburg-online, März, www.rosalux.de/news/id/41822/systemrelevanz-ja-arbeitsrechte-nein?cHash=65f02b2ff24ffid3454afbfdidd40e27
- Sablowski, Thomas, 2020b: Der Klassencharakter der deutschen Politik in der Coronakrise, in: LuXemburg-online, April (im Erscheinen).
- Schrappé, Matthias/François-Kettner, Hedwig/Gruhl, Matthias/Knieps, Franz/Pfaff, Holger/Glaeske, Gerd, 2020: Datenbasis verbessern, Prävention gezielt weiterentwickeln Bürgerrechte wahren. Thesenpapier zur Pandemie durch SARS-CoV-2/ Covid-19, www.springerpflege.de/sars-cov-2/thesenpapier-zur-pandemie-durch-sars-cov-2-covid-19/17868956
- Sengupta, Amit/Bodini, Chiara/Franco, Sebastian, 2020: The Struggle for Health, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Brüssel
- Sivaraman, Satya, 2006: Der Wirt ist immer der Fremde. Grenzschutz in Zeiten der Vogelgrippe, in: [medico online, www.medico.de/der-wirt-ist-immer-der-fremde-13553/](http://medicoonline.com/der-wirt-ist-immer-der-fremde-13553/)
- Soly, Ingar, 2020: COVID-19 and the Western Working Classes, in: Jacobin, www.rosalux.de/en/publication/id/41800/covid-19-and-the-western-working-classes
- Standfest, Erich/von Kerber, Christian, 1977: Sozialpolitik und Selbstverwaltung: zur Demokratisierung des Sozialstaats, Köln
- Syrovatka, Felix/Schneider, Etienne, 2019: Ein stotternder Motor. Der blockierte deutsch-französische Bilateralismus in der Debatte um die Vertiefung der Nahrungs- und Wirtschaftsunion, in: Wissel, J./Keil, D. (Hg.): Staatsprojekt Europa, Baden-Baden, 159-82
- Syrovatka, Felix/Schneider, Etienne, 2020: Die nächste Eurokrise: Gefahren und Chancen für die Linke, in: PROKLA 199,
- Unger, Knut, 2020: Das Recht auf Wohnung in Zeiten der Pandemie, RLS-Standpunkte, 27.3.20, www.rosalux.de/news/id/41847/das-recht-auf-wohnung-in-zeiten-der-pandemie?cHash=e1015355dfdbffeff292b2d9ac3df037
- Wallace, Rob, 2016: Big Farms Make Big Flu, New York
- Wolf, Winfried, 2020a: Die neue Weltwirtschaftskrise, das Corona-Virus und ein kaputt gesparter Gesundheitssektor, in: Nachdenkseiten, 20.3.2020, www.nachdenkseiten.de/?p=59459
- ders., 2020b: Das Virus. Die Krise. Das Kapital, 30.3.2020, <http://winfriedwolf.de/?p=781>
- Zelik, Raul, 2020: »Ideen, die zuvor als sozialistisches Teufelszeug galten, werden unter Applaus durch die Parlamente gepeitscht«, in: WOZ, Nr. 14, 2.4.2020, www.woz.ch/2014/coronakrise/ideen-die-zuvor-als-sozialistisches-teufelszeug-galten-werden-unter-applaus-durch



WWW.ZEITSCHRIFT-LUXEMBURG.DE

IMPRESSUM

April 2020
LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis
ISSN 1869-0424
Online-Paper zur Coronakrise

Herausgeber: Vorstand der
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Leitende Redakteurin: Barbara Fried
barbara.fried@rosalux.org
Tel: +49 (0)30 443 10-404

Kontakt: luxemburg@rosalux.org
Redaktionsbüro: Harry Adler
harry.adler@rosalux.org
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Telefon: +49 (0)30 443 10-157
Fax: +49 (0)30 443 10-184
www.zeitschrift-luxemburg.de

Follow us on Facebook:
<http://www.facebook.com/zeitschriftluxemburg>

Grafik und Satz:
Matthies & Schnegg –
Ausstellungs- und Kommunikationsdesign
www.matthies-schnegg.com

Titelbild: photoheuristic.info/flickr © ⓘ



**DIE ZEITSCHRIFT DER
ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**